

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei zweier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postweg nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland, Dänzig, des Saar- und Memelgebietes sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Preussens M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-9

Die werbefreie Monopressstelle über deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anzeigenpreis. Kleine Anzeigen: Das gesetzlich vorgeschriebene Wort 1.— M., jedes weitere Wort 1/2.— M., einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Kleinanzeigen: Das gesetzlich vorgeschriebene Wort 1/2.— M., jedes weitere Wort 1.— M. in Wortausgaben: das gesetzlich vorgeschriebene Wort 1/2.— M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stadtverordnetenwahlen wieder ungünstig?

Der Staatsrat für die Ungültigkeit der Verordnung

Das gestrige „8-Uhr-Abendblatt“ bringt unter der fetten Überschrift „Anfechtung der Stadtverordnetenwahlen“, die Mitteilung, daß sich der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrats unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Weinberg mit der Frage der Gültigkeit der Rotverordnung, auf Grund deren die Stadtverordnetenwahl vom 16. d. M. vorgenommen ist, beschäftigt habe. Hierbei hätten die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien die Ansicht vertreten, daß diese Verordnung und damit die auf Grund derselben vorgenommene Stadtverordnetenwahl ungültig sei. Wir erfahren hierzu folgendes:

Nachdem das Oberverwaltungsgericht die Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen hatte, erließ das Preussische Staatsministerium auf Grund des Artikels 55 der Preussischen Verfassung die Verordnung zur Sicherung einer geordneten Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin vom 30. Juli 1921, in der das Nähere über die Neuwahl zur Stadtverordnetenversammlung bestimmt ist. Diese Verordnung ist alsdann dem Landtag bei seinem Zusammentreten zur Genehmigung vorgelegt, dem Staatsrat ist sie weder vor dem Erlaß noch vor der Einbringung im Landtag zur gutachtlichen Äußerung vorgelegt worden.

Der Vorsitzende des Staatsrats, Dr. Udenauer, stand auf dem Standpunkt, daß in dieser Ignorierung des Staatsrats ein Verstoß gegen Artikel 40 der Preussischen Verfassung liege und erjuchte deshalb den Genossen Dr. Weinberg als Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassungsfragen, die Angelegenheit in diesem Ausschusse zur Erörterung zu bringen und eine Stellungnahme des Ausschusses herbeizuführen. Artikel 40 der Preussischen Verfassung schreibt bekanntlich im Absatz 2 vor, daß das Staatsministerium vor der Einbringung von Gesetzesvorlagen dem Staatsrat Gelegenheit zu gutachtlichen Äußerungen zu geben habe.

Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich in drei Sitzungen, die teilweise zu Stundenlangen Debatten führten, mit dieser Frage. Hierbei vertraten die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien den Standpunkt, daß die angeführte Verordnung wegen der Außersichtlassung des Staatsrats ungültig sei, und daß deshalb das Oberverwaltungsgericht die auf Grund derselben vorgenommene Wahl zweifellos für ungültig erklären müsse. Der Antrag der Rechten auf Anrufung des Staatsgerichtshofs verfiel nur deshalb der Ablehnung, weil man bei der gegenwärtigen gespannten Situation der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten wollte. Die bürgerliche Mehrheit beschränkte sich deshalb darauf, die Einholung von Rechtsgutachten seitens namhafter Staatsrechtslehrer vorzuschlagen.

Über diese Frage wird das Plenum in seiner am 8. November beginnenden nächsten Sitzungsperiode Beschluß fassen. Die bürgerlichen Parteien werden sich, wenn sie sich nicht selbst obrühen wollen, für die Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahlen aussprechen müssen, nachdem sie sich im Verfassungsausschuß selbst gegenüber allen Argumentationen unseres Vertreters, der sich natürlich gegen jede ausdehnende Interpretation der Bestimmungen über den Staatsrat ausgesprochen hatte, taub gezeigt hatten. Oder sollten die juristischen Skrupel der bürgerlichen Herren — es waren zumeist Juristen in hoher Stellung — nur solange bestehen, als sie an dem Zustandekommen der bürgerlichen Mehrheit zweifeln? Wir wollen vorläufig das Rechtsgutachten dieser Herren nicht so gering einschätzen.

Wenn sich übrigens das „8-Uhr-Abendblatt“ von hervorragender staatsrechtlicher Seite“ mitteilen läßt, daß die Ungültigkeit der Verordnung, die die Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahl zur Folge habe, weil die Bestimmung des Termins eine einfache administrative Maßnahme sei, so ist diese Auffassung nicht recht verständlich, da die Verordnung sich nicht nur auf die Terminanberaumung für die Wahlen beschränkt, sondern auch ihre Durchführung regelt.

Diese Zahlen entsprechen ungefähr denen, die wir bereits gestern früh mitteilten. Sie bestätigen, daß die U. S. P. D. in Klein-Berlin wieder die stärkste Partei ist.

Von den übrigen Wahlkreisen liegen folgende Ergebnisse vor:

In dem Wahlkreis 7 Charlottenburg wurden insgesamt 129 766 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die S. P. D. 21 659, die U. S. P. D. 18 273, die R. P. D. 6747, die Deutschnationalen 24 436, die Deutsche Volkspartei 26 128, die Demokraten 15 899, das Zentrum 4619, die Wirtschaftspartei 6665, die Deutschsozialen 1382 und die Deutschnationale Wählerschaft 5978 Stimmen.

In dem Wahlkreis 9 Wilmersdorf wurden insgesamt 73 462 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die S. P. D. 9760, die U. S. P. D. 4816, die R. P. D. 2088, die Deutschnationalen 20 488, die Deutsche Volkspartei 18 734, die Demokraten 10 468, das Zentrum 2380, die Wirtschaftspartei 3431 und die Deutschsozialen 1297 Stimmen.

In dem Wahlkreis 12 Neukölln wurden insgesamt 122 523 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die S. P. D. 34 224, die U. S. P. D. 29 127, die R. P. D. 16 963, die Deutschnationalen 14 787, die Deutsche Volkspartei 11 591, die Demokraten 5492, das Zentrum 3294, die Wirtschaftspartei 6836 und den Deutschsozialen Wählerverein 219 Stimmen.

Im Wahlkreis 8 Spandau insgesamt 38 803 Stimmen. Davon entfielen auf die S. P. D. 11 183, die U. S. P. D. 5837, die R. P. D. 2470, die Deutsche Demokratische Partei 3330, das Zentrum 1872, die Deutsch-Soziale Partei 4628 und die Freie Vereinigung, in der die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei enthalten sind, 9463 Stimmen.

Im Wahlkreis 10 Jeshendorf sind insgesamt 74 953 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die S. P. D. 12 075, die U. S. P. D. 7119, die R. P. D. 2619, die Deutschnationalen 16 706, die Deutsche Volkspartei 23 118, die Demokraten 6026, das Zentrum 2479, die Wirtschaftspartei 4009 und die Deutsch-Sozialen 802 Stimmen.

Im Wahlkreis 11 Schöneberg sind insgesamt 102 358 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die S. P. D. 17 763, die U. S. P. D. 9417, die R. P. D. 4154, die Deutschnationalen 27 054, die Deutsche Volkspartei 21 578, die Demokraten 11 330, das Zentrum 4025, die Wirtschaftspartei 5019 und die Deutsch-Sozialen 2000 Stimmen.

Im Wahlkreis 13 Tempelwo sind insgesamt 67 123 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die S. P. D. 16 275, die U. S. P. D. 12 149, die R. P. D. 8504, die Deutsche Volkspartei 11 359, die Demokraten 4582, das Zentrum 2023, die Wirtschaftspartei 3155 und auf den Ordnungsbund, in dem die Deutschnationalen und die Deutsch-Sozialen vereinigt sind, 9076 Stimmen.

Im Wahlkreis 14 Lichterberg sind insgesamt 79 997 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die S. P. D. 17 065, die U. S. P. D. 18 533, die R. P. D. 9726, die Deutschnationalen 10 526, die Deutsche Volkspartei 11 207, die Demokraten 3895, das Zentrum 3059, die Wirtschaftspartei 5852 und die Deutsch-Sozialen 134 Stimmen.

Im Wahlkreis 15 Rankow sind insgesamt 102 254 Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die S. P. D. 19 548, die U. S. P. D. 20 666, die R. P. D. 11 160, die Deutschnationalen 16 479, die Deutsche Volkspartei 18 519, die Demokraten 5701, das Zentrum 3549 und die Wirtschaftspartei 6516 Stimmen. Zersplittert 96 Stimmen.

Das amtliche Gesamtergebnis

Berlin, 18. Oktober.

Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbureaus sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden,

von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773 „ auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 „ entfielen.

Diese Zahlen sind errechnet worden, nachdem noch gestern abend die Einzelergebnisse von Stunde zu Stunde durch Berichtigungen und Ergänzungen geändert worden waren. Der Wahlquotient ist 7433.

Im einzelnen entfielen auf die
S. P. D. 343 685 Stimmen
U. S. P. D. 323 885 „
R. P. D. 159 970 „

ferner auf die
Deutschnationale Volkspartei 288 988 „
Deutsche Volkspartei 251 728 „
Deutsch-demokratische Partei 122 917 „
Zentrum 61 433 „
Wirtschaftspartei 84 370 „
Deutsch-Soziale Partei 11 830 „
Deutschnationale Wählerschaft 5 978 „
Ordnungsbund 9 076 „
Freie Vereinigung 9 463 „

Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen auch nur in gleicher Stärke, mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke anzugeben, wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Kreiswahlausschusses am 20., 22. und 25. d. M. abgemacht werden müssen.

Diese Wahlen sind eine Schande. Berlin, diese alte Hochburg des deutschen, des internationalen Sozialismus, ist dem Ansturm der bürgerlichen Parteien erlegen! Die Arbeiterschaft hat eine empfindliche Schlappe erlitten, und das Schlimmste und traurigste dabei ist, daß sie die Niederlage sich selbst zuschreiben hat. Gewiß hat das Bürgertum diesmal all seine Kraft eingelegt, gewiß hat es alle Mittel einer skrupellosen Agitation angewandt, aber das war bei den Hottentottenwahlen 1907 in noch höherem Maße der Fall, und trotzdem ist damals gerade in Berlin der Angriff glänzend abgeschlagen worden. Seit Jahrzehnten war Berlin dem Sozialismus sicher. Daß das Bürgertum eine Majorität erlangen konnte, bedarf deshalb ernster und eingehender Prüfung.

Kan wird das Wahlergebnis am ehesten beurteilen können, wenn man den Vergleich sowohl mit der ersten Stadtverordnetenwahl vom 20. Juni 1920, als mit der Landtagswahl vom 20. Februar 1921 zieht. Allerdings stehen die Zahlen der Sonntagswahl noch nicht endgültig fest, aber die noch zu erwartenden Verschiebungen werden an dem Gesamtbild nicht viel ändern. Es ergibt sich dann folgende Tabelle:

Es haben erhalten Stimmen:

| | am 20. Juni 1920 | am 20. Febr. 1921 | am 18. Okt. 1921 |
|------------------------|------------------|-------------------|------------------|
| Deutschnationale | 188 203 | 345 013 | 288 988 |
| Deutsche Volkspartei | 292 080 | 305 774 | 251 728 |
| Wirtschaftspartei | 59 770 | 100 106 | 84 370 |
| Deutsch-Soziale | — | — | 11 830 |
| Zentrum | 61 441 | 73 200 | 61 433 |
| Demokraten | 116 748 | 149 461 | 122 917 |
| Wirtschaftssozialisten | 283 495 | 431 630 | 343 685 |
| Unabhängige | 633 806 | 336 013 | 323 085 |
| Kommunisten | — | 196 957 | 159 970 |

Das Verhältnis der nichtsozialistischen zu den sozialistischen Stimmen hat sich danach im Laufe dieser sechsmonatigen Periode wie folgt verschoben:

am 20. Juni 1920 zusammen 718 242 nichtsozialistische gegen 917 101 sozialistische Stimmen,
am 20. Februar 1921 zusammen 973 556 nichtsozialistische gegen 964 600 sozialistische Stimmen,
am 18. Okt. 1921 zusammen 845 773 nichtsozialistische gegen 826 740 sozialistische Stimmen.

Der Vergleich der Ziffern zeigt zunächst die unheilvollen Folgen der Spaltung. Der radikale Flügel der Arbeiterschaft verminderte seine Stimmen von 633 000 auf 533 000, schließlich auf 483 000. Aber während dieser Verlust bei den Landtagswahlen durch die Zunahme der rechtssozialistischen Stimmen ausgemoggen wurde, haben die Rechtssozialisten bei dieser Wahl, verglichen mit dem Februar 1921, gegen 88 000 Stimmen, die Kommunisten 37 000, die Unabhängigen 13 000 verloren.

Ein ganz außerordentlich ins Gewicht fallender Verlust! Die Frage erhebt sich, wo sind diese Stimmen geblieben? Zu einem großen Teile sind sie an die Partei der Rechtswähler verloren gegangen. Die Wahlbeteiligung war insbesondere auch in den Arbeiterbezirken sehr schlecht. Das ist ein übles Zeichen. Denn es handelte sich um eine Wahl, die vom Bürgertum als Machtkampf geführt worden war, und die über Berlin hinaus große allgemeine politische Bedeutung hatte. Ein Teil der Arbeiter, und zwar solche, die früher für die sozialistischen Parteien gestimmt hatten, ging jetzt nicht an die Urne, blieb indifferent und erleichterte dem Bürgertum den Sieg. Aber wir fürchten, daß manche Arbeiter dem Klaffenden nicht nur diesen Helfershelferdienst leisteten. Das starke Wachstum der bürgerlichen Parteien, das rasche Anwachsen namentlich der Deutschnationalen, läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß manche Arbeiterstimmen auch für die bürgerlichen abgegeben worden sind. Es zeigt sich jedenfalls, daß unter den Wählern der sozialistischen Parteien viele waren, die nur wenig verlässliche Mitstreiter sind. Das gilt namentlich von der früheren Anhängerenschaft der Kommunisten, die mehr als ein Fünftel ihrer Wähler gegenüber der Landtagswahl einbüßten, und damit den verhältnismäßig stärksten Verlust aufzuweisen haben. Die Spaltung der Arbeiterpartei hat die Werbekraft des Sozialismus geschwächt und jene breiten Schichten, die nicht von der politischen Organisation fest erfaßt sind, gleichgültig gemacht.

Auf der anderen Seite hat die reaktionäre bürgerliche Partei am meisten gewonnen. Wieder ist es bezeichnend, daß die Deutschnationalen, die vor der Revolution in Berlin kaum mehr eine Rolle spielten, heute die weitestwärts bürgerliche Partei darstellen. Gewiß ist ihnen die Er-

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis

Die Zahlen aus neun Wahlkreisen

Für das Zentrum von Berlin, die Verwaltungsbezirke 1—6, wird folgendes vorläufige amtliche Wahlergebnis bekanntgegeben:

Es wurden rund 800 520 gültige Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die bürgerlichen Parteien 394 673 Stimmen und auf die sozialistischen 405 845 Stimmen. Es erhielten die S. P. D. 180 107 Stimmen, die Unabhängigen 192 664 und die R. P. D. 32 074 Stimmen; die Deutschnationalen 154 742, die Deutsche Volkspartei 107 491 Stimmen, die Demokraten 52 224, die Wirtschaftspartei des Mittelstandes 42 217, das Zentrum 33 641 und die Deutschsozialen 1358 Stimmen.

regung, die die oberste Frage ausgelöst hat, zufließen gekommen. Aber es ist eine ernste Sache, daß gerade die Partei der monarchistischen und militärischen Reaktion immer stärkeren Anhang im Bürgertum findet. Es ist ein Sturzzeichen, ein neues Symptom für die Verschärfung der Gegensätze.

Das bedeutet aber eine ernste und eindringliche Mahnung an die Arbeiterschaft. Jeder, dem das Ganze und die Zukunft der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, muß sich sagen, daß es so nicht weitergehen darf. Die gegenseitige Belämpfung schadet allen Arbeiterparteien und schwächt die ganze Klasse. Deshalb muß eine Politik getrieben werden, die nicht wegen taktischer Streitigkeiten die Grundlage, auf der erst Taktik überhaupt Erfolg haben kann, die politische Macht der ganzen Klasse, immer mehr schmälert. Wichtiger als irgendwelche momentanen Erfolge ist für die Arbeiterklasse die Wiederherstellung der Werbekraft und der Autorität des Sozialismus. Deshalb läßt jeder Politiker der Arbeiterklasse eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn er im gegenwärtigen Augenblick eine Politik einschlägt, die die Kluft innerhalb der Arbeiterparteien verbreitert, statt alles daranzusetzen, sie allmählich zu schließen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat angesichts der Umstände noch verhältnismäßig gut abgeschnitten. Sie hat, verglichen mit der Landtagswahl, die geringste Einbuße zu verzeichnen. Aber das ist viel zu wenig. Auch diese Wahl hat gezeigt, daß die Sicherheit des Erfolges ausschließlich abhängt von der Stärke der Organisation und der Verbreitung der Presse. Beides steht aber in einem starken Mißverhältnis zu der Zahl unserer Wähler. Auch darauf hat die Spaltung bei allen Arbeiterparteien schlimmen Einfluß gehabt. Um so dringender ist es, daß am Ausbau der Organisation und an der Verbreitung der Presse mit aller Kraft gearbeitet wird. Dann wird der Mißerfolg vom Sonntag sich nicht wiederholen, dann wird die Scharte ausgeweitet werden.

Die neue U.S.P.-Fraktion

Die Wahlergebnisse, die jetzt durch die Presse bekanntgegeben werden, sind noch nicht amtlich, sondern beruhen auf den Angaben der Angehörigen der einzelnen Parteien, die in den Wahllokalen bei der ersten Auszählung der Stimmen mitgewirkt haben. Es werden sich deshalb noch verschiedene Korrekturen nach dem Bekanntwerden des amtlichen Ergebnisses nötig machen.

Die in der bürgerlichen Presse angegebenen Zahlen lassen für die Unabhängige Partei eine Fraktionsstärke von 41 bis 42 herausrechnen; nach den uns übermittelten Zahlen ergeben sich aber 44 gewählte Stadtverordnete der U.S.P. Kleine, insofern der Ungenauigkeit der bisher vorliegenden Zahlen nötige Korrekturen vorausgesetzt, ergibt sich für die zukünftige Zusammensetzung der Unabhängigen Fraktion folgendes Bild: In den einzelnen Verwaltungsbezirken sind gewählt worden:

1. Verwaltungsbezirk: Dr. Wenk, Clara Wenk; 2. Verwaltungsbezirk: Fritz Zimmermann, A. Pösch; 3. Verwaltungsbezirk: Max Reich, Bruno Krause, Berta Pungwitz, Fritz Kreienbrin, Karl Klose, Ernst Vogeler; 4. Verwaltungsbezirk: Karl Böger, Richard Herbig, Elisabeth Jern, Hermann Müller; 5. Verwaltungsbezirk: Martha Demning, Agnes Fahrenwald, Otto Felker, Heinrich Münchberg, Christian Gutelunf; 6. Verwaltungsbezirk: Fritz Jubel, Gustav Hünker, Hermann Schmeitert, Gottfried Schulz; 7. Verwaltungsbezirk: Dr. Söwenstein, Dr. Herzig; im 8., 9. und 10. Verwaltungsbezirk reichten die Stimmen für einen Kandidaten nicht aus und werden auf die Stadtiliste verzeichnet; 11. Verwaltungsbezirk: Georg Wendt; im 12. und 13. Verwaltungsbezirk keine Kandidaten gewählt; 14. Verwaltungsbezirk: Hermann Sarnisch, Albert Hegge, Hermann Radtke; 15. Verwaltungsbezirk: Wilhelm Heimann; im 16., 18. und 19. Verwaltungsbezirk sind keine Kandidaten gewählt; 17. Verwaltungsbezirk: Fritz Thurm, Franz Stimming; 20. Verwaltungsbezirk: Hermann Amberg.

Auf der Grundlage einer Gesamtstimmenzahl von 1667 738 ergibt sich der Quotient 7367. Danach wären — immer die uns zugegangenen Ergebnisse vorausgesetzt — von der Stadtiliste der U.S.P. 11 Kandidaten gewählt, und zwar: Karl Reich, Wilhelm Dittmann, Dr. Weinberg, Karl Deitmer, Karl Kubitz, Dr. Julius Moses, Emil Ruchenscher, Ernst Telsche,

Moritz Hartmann

Zu seinem 100. Geburtstag

Vergessen und verschollen ist sein Andenken im größten Teil des deutschen Bürgertums, für dessen politische Befreiung er sein ganzes Leben lang in Wort und Schrift, im kritischen Augenblick auch mit der Waffe in der Hand, gekämpft hatte. Aber das deutsche Proletariat erinnert sich in Dankbarkeit seiner als eines der Männer, die durch ihre Lebensarbeit die innerpolitische Selbstbestimmung des deutschen Volkes vorbereiteten — jenen Baumeistern vergleichbar, die an dem Riesentempel der gotischen Dome schufen, ohne die Vollendung zu schauen.

Gerade in unseren Tagen ist die Erinnerung an Moritz Hartmann schmerzhaft zeitgemäß. Hatte Hartmann doch im Jahre 1871 nicht nur gleich Bedel und Liebknecht gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestiert, sondern auch mit dem visionären Blick des Dichters die verhängnisvollen Folgen der Bismarckschen Politik erkannt. In dem Vordringen der deutschen Heere nach dem Falle von Sedan sah er „nur noch einen Triumph des Militarismus, aus dem eine vollkommene Apokalypse dieses am Marke der Völker zehrenden Systems hervorgehen“ werde. Schneidend mischt er seine Stimme in die Jubelchöre, von denen der Kriegsausgang Deutschland wiederhallen läßt:

„Wir holen aus flaubiger Kumpellammer
Den Kaiser hervor mit Speier und Schwert.
Die Andliche Sehnsucht vom Kyffhäuser
Wird endlich dem Volke der Träumer gestiftet;
In hundert Schlachten wird für den Kaiser
Das Volk der Denker zur Garde gedrückt.“

Moritz Hartmann ist am 25. Oktober 1821 in einem kleinen böhmischen Städtchen geboren. Er studierte in Prag und Wien. Frühzeitig regte sich seine Dichtertätigkeit. 1845 ließ er seine erste Gedichtsammlung unter dem Titel „Reich und Schwert“ (dem Symbol der Hufen) erscheinen. Um sich der Witterungsbedingungen zu entziehen mußte er freiwillig in die Verbannung gehen. Der politische Teil der Gedichte erregte überall das größte Aufsehen und machte den Verfasser mit einem Schloge berühmt. In den bewegten Märztagen des Jahres 1848 nahm Hartmann in Prag teil. Gegen den Widerstand der Höfischen organisierte er in Böhmen die Wahlen für das Frankfurter Parlament. Dort schloß er sich der äußersten Linken an. In einer seiner Reden vertritt er einen Antrag auf völlige Abschaffung des Adels. In der — heute wieder so zeitgemäßen — deutsch-österreichischen Frage vertritt er mit Leidenschaft und Unnachgiebigkeit den Standpunkt der bedingungslosen Zugehörigkeit der

Dr. Koellik, Johann Baron, Dittke Gerndt. Wir wiederholen nochmals, daß diese Angaben noch der Korrektur durch die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses unterliegen.

Das neue Stadtparlament

Die skrupellose Agitation der Deutschnationalen, die wohl auch von der Entscheidung über Überschleifen unterstützt wurde, hat eines erreicht: Diese Partei stellt die stärkste bürgerliche Fraktion. Man kann jetzt bei der Annahme eines Durchschnitts aller veröffentlichten Resultate 224 Sitze verteilen, ein Sitz ist noch strittig. Danach ergibt die neue Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung im Vergleich zu bisherigen folgendes Bild:

| | Nach der Wahl | Vor der Wahl |
|--------------------------------|---------------|--------------|
| Unabhängige | 43 | 63 |
| Mehrheitssozialisten | 47 | 39 |
| Kommunisten | 21 | 23 |
| Demokraten | 17 | 16 |
| Deutsche Volkspartei | 35 | 30 |
| Deutschnationalen | 41 | 27 |
| Wirtschaftspartei | 11 | 10 |
| Zentrum | 8 | 8 |
| Deutschsoziale | 1 | — |
| | 224 Sitze | 225 Sitze |

Die sozialistische Mehrheit im Magistrat bleibt

Der Berliner Magistrat bleibt sozialistisch in seiner Mehrheit, weil mit dem Bürgermeister Ritter zehn Sozialisten (nämlich Brühl, Hahn, Hinge, Koblentz, Lange, Paulsen, Dr. Rabenow, Weise, Schöning und Wuyt) auf zwölf Jahre gewählt wurden. Den vier unbeforderten bürgerlichen Stadträten stehen acht unbeforderte sozialistische Stadträte gegenüber. Es kann sich also nur bei diesen um eine kleine Verschiebung handeln. Die sozialistische Mehrheit im Magistrat bleibt bestehen, selbst wenn an Stelle von vier sozialistischen Stadträten bürgerliche gewählt werden sollten.

Die Presse zum Wahlausfall

Große Freude der Reaktionäre

Die Erringung einer bürgerlichen Mehrheit wird von der Presse durchaus nicht einheitlich gewertet. Groß ist der Jubel nur auf der äußersten Rechten, bei den Deutschnationalen und den Deutschsozialen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die trotz der geringen Mehrheit in dem Wahlergebnis die Möglichkeit erblickt, durch „bürgerliche Gemeinschaftsarbeit“, d. h. Bürgerblock, in Berlin zu herrschen, steht in dem Wahlausfall eine „Umskehr von jeglichen Gedanken einer Koalition der Mitte“ und kommt sodann zu folgendem Ergebnis:

„Die Wahlbewegung in Berlin hat unter dem Zeichen der drei angelegten und von Herrn Wirth geleiteten Offensiven gegen die unterschiedene Rechte gestanden, unter dem Zeichen der Ausnahmeverordnung und der wüsten Verleumdungen und Verunglimpfungen der Deutschnationalen, unter dem Zeichen der gewaltigen Niederhürmung des aufrichtigen nationalen Gedankens. Dadurch wurde die Berliner Wahl auch zu einem Präzedenzfall für die Beurteilung der inneren Politik des Kabinetts Wirth durch die Öffentlichkeit; und sie hat über diese Politik den Stab gebrochen. Das Bürgertum hat dem Herrn Reichskanzler gezeigt, daß es nicht gewillt ist, die Regierung des nationalen Empfindens niederzuziehen zu lassen, daß es sich kein eigenes unbefangenes Urteil nicht nehmen läßt und daß dieses Urteil alles andere ist, als eine Billigung der Reichslisten, nach denen Herr Dr. Wirth seine innere Politik glaubt führen zu sollen.“

„Technisch lautet das Urteil der „Kreuz-Zeitung“:

„Blätter und Redner aller Parteien haben vor der Wahl hervorgehoben, daß die Wähler auch über die Tat von Griesbach und den damit verknüpften Verleumdungsflug gegen die Deutschnationalen Volkspartei, über die Wirth-Kathenauische Politik und über die Koalitionsverhandlungen das Urteil sprechen werden. Die Entscheidung des Anhebungslandes über Überschleifen, mit der die Existenz des Kabinetts Wirth nach den eigenen Äußerungen des Kanzlers unlöslich verbunden schon, ist noch hinzugekommen. Die Berliner Wähler haben der Deutschnationalen Volkspartei eine glänzende Genugtuung bereitet, sie haben den roten Parteien in großem Umfange den Rücken ge-

lehrt, sie haben Herrn Wirth für seine Angriffe auf die Deutschnationalen ein scharfes Mißtrauensvotum erteilt.“

Auch der „Lokalanzeiger“ feiert den Sieg des Bürgertums, erteilt aber dem Gedanken des Bürgerblocks gegen die Arbeiterklasse folgende Abfage:

„Sie (die bürgerlichen Parteien) wissen ganz gut, daß gegen die Arbeiterschaft im ganzen, auch gegen die sozialistische Arbeiterschaft im besonderen, nicht regiert oder verwaltert werden kann, und ihr Ehrgeiz ist auf alles andere als auf die Veranstaltung von Gewalt- oder Kräfteproben gerichtet. Wogegen sie sich auflehnen, war und ist der Mißbrauch der Rathausmacht zu einseitigen Parteizwecken, und diesem Mißbrauch ist nun mit dem Ergebnis des gestrigen Wahltages Gott die Unterlage entzogen. Was nun not tut, ist die Möglichkeit eines Ausgleichs der Interessengegensätze, ein willigeres Zusammenarbeiten der nichtsozialistischen und sozialistischen Parteien, als es den roten Machthabern von gestern genehm war.“

Recht unbefriedigt von dem Wahlergebnis zeigt sich die Presse der Deutschen Volkspartei. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ warnt die Deutschnationalen davor, „die Zugkraft der Parteien nach lokalen Ereignissen und Erfolgen zu wägen.“ Kommunalpolitisch spricht sie sich für den Block der Mitte aus.

„Es ist kaum anzunehmen, daß das Bürgertum jenem Beispiel der Linken folgen und nun seinerseits eine Parteidiktatur aufrichten wird. Man wird sich auch in Berlin, wie das schon im Reich und in Preußen im Werden ist, dazu verstehen müssen, ein Zusammenarbeiten aller jener Kräfte anzubahnen, die am Erhalten des Gemeinwessens und an einem vernünftigen Wiederaufbau mitzuarbeiten bereit sind. Eine Kommune, mag sie auch noch so umfangreich und bedeutungsvoll sein, kann und darf nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten regiert werden. Man darf mit und in ihr nicht Experimente machen, die einseitig und deshalb gefährlich sind.“

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Die bürgerliche Mehrheit wird jedoch nur gering sein, so daß davon gewarnt werden muß, an den erfreulichen Sieg der Bürgerlichen überspannte Hoffnungen zu knüpfen.“

Auch die „Bosische Zeitung“ wünscht ein Zusammenarbeiten der Mitte:

„Die Deutschnationalen, die — ohne Frage auch von früher Linken abfallen gekürzt, wie ihr verhältnismäßig starker Anteil an den Stimmen des reinen Arbeiterbezirks Wedding erweist — eine zahlenmäßig beachtliche Fraktion der Stadtverordnetenversammlung darstellen, haben sich bisher im wesentlichen auf die Erschwerung der Verwaltungsarbeit beschränkt und auch zu der Vertreibung der gemeindeparlamentarischen Umgestaltungen ihr rechtlich Teil beigetragen. Auf sie kann keine Mehrheit zählen, die einen gesunden Aufbau der Bezirksamts-Gemeinde und nicht die grundrührige Sabotage des Groß-Berliner Gedankens ausbreitet. Da eine Linksmehrheit nach dieser Wahl nicht mehr in Frage kommt, dürfte eine Mehrheit der Mitte das Gegebene sein, die nach dem Vorbilde von Reich und Staat Mehrheitssozialisten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und vielleicht auch die Wirtschaftliche Vereinigung umfassen wird. Eine starke Umformung des Magistrats ist auf ein Jahrzehnt hinaus dadurch unmöglich, daß seine befohlenen Mitglieder auf zwölf Jahre gewählt sind; nur unter Fortzahlung ihrer Bezüge könnte man sie, die fast durchweg als Vertrauensleute der sozialistischen Parteien berufen wurden, durch andere Männer ersetzen, was aber bei der Finanzlage der Stadt als ausgeschlossen gelten muß. Nur die acht Plätze der unbeforderten Stadträte und die entsprechenden Posten in den Bezirken sind sofort zu besetzen.“

Der „Vorwärts“ beklagt die Größe der Niederlage der Arbeiterklasse und meint:

„Eine solche Niederlage konnte nicht möglich werden, ohne daß schwerste Fehler begangen wurden. Klar ist vor allem das eine, daß der alten einzigen Sozialdemokratie nie hätte passieren können, was der zerplitterten sozialistischen Arbeiterbewegung widersprechen ist. Nicht die Unabhängigen, nicht die Kommunisten ernten die Früchte der Spaltung, die kapitalistische Reaktion tut es!“

Er kommt zu folgender Schlussfolgerung:

„Das rote Berlin ist nicht mehr! Es heißt wieder von vorne anfangen. Es gilt, die propagandistische Kraft der sozialistischen Idee aufs neue zu entzünden, es gilt durch positive Arbeit zu zeigen, wo die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger ihre wirkliche Interessenvertretung haben. Wir Sozialdemokraten verlieren nicht den Kopf, wir fangen heute wieder von vorne an!“

Auch die Kommunisten scheinen zu begreifen, daß dieser Wahlausfall eine schwere Niederlage der Arbeiterklasse dar-

Deutsch-Österreicher zum deutschen Volke. Mit Robert Blum, Julius Fröbel und Albert Trampush ging er als Vertreter der Linken im Oktober 1848 zur Unterdrückung der zweiten Wiener Erhebung nach Wien. Dort kämpfte er als einfacher Soldat gegen die Windischgrätzischen Horden. Dem Schicksal Robert Blums entgeht er durch die Flucht. In Frankfurt, wohin er zurückkehrte, muß er immer mehr die Hoffnungen auf den Sieg der Revolution schwinden sehen. Seinen Zorn über die Tatenlosigkeit des Parlaments, über das zweifelhafte Geschwätz in der Paulskirche gibt er in seiner „Reimchronik des Pfaffen Mauritius“ Ausdruck. Es ist die schärfste und wichtigste Satire, die das Sturmsjahr hervorgebracht hat.

Hartmann war kein Politiker, sondern in erster Linie Dichter, Künstler. Aber zwei politische Ideen leuchteten als Leitsterne auf seinem ganzen Wege: die Einheit des ganzen deutschen Volkes und die Republik. Dem Sozialismus stand Hartmann, obwohl er zu jenen ziemlich engen Beziehungen hatte, innerlich fremd gegenüber. Aber das warme Empfinden, das er für alle Unterdrückten hatte, läßt die Vermutung begründet erscheinen, daß er früher oder später den Weg zu ihm gefunden hätte.

Alfred Berre

Konzert der Volkshöhne. Diese Konzerte sind einfach ein Segen. Für geringes Entgelt ausgezeichnete Kunst, gute Kräfte, gute Programme, für eine einzige Mark ein Programmheft mit heben Textseiten und für 50 Pfennig Garderobe, dieses alles im modernsten und bequemsten Theater und Konzertsaal Berlins, das darf man als vorbildliche künstlerische Volkskonzerte bezeichnen.

Das Programm am letzten Sonntag war Schumann und Schubert gewidmet, leider dem etwas zu vollstimmigen Schumann, dem Komponisten von Frauenliebe und -leben und anderer weicher und sentimentaler Lieder und nicht dem anderen Schumann, der weit mehr in unsere Zeit gehört, dem romanischen, säkular-ernsten Dämon, der auch die modernste Seele hinterlassen muß. „Er, der Herrliche von allen“ und sie, „die holde Jungfrau“, die sich vor ihrem Herrn in „Demut“ beugt, nur weil er „Bräutigam“ ist, und solches mehr und zupiel bildete den Hauptinhalt der Darbietungen. Und das ist schade, obwohl wir natürlich nicht verkennen, daß die Massen auch diese so bekannte, irgendwie noch immer schöne und schwärmerische Kunst kennenlernen sollen. Guter Schubert, der Schubert der „Jungen Nonne“, jenes Liedes, das unter dem milden Glodengeläute die heilige, friedensvolle Hysterie unjogbar schön verkörpert, rettete die Auswahl. Die drei Professoren: Lala, Rapp-Gmeiner, Albert Fischer und Eduard Behm entledigten sich ihrer Aufgaben, so gut sie es konnten: immer geschmackvoll, mit nicht ganz zureichenden Mitteln, und mit verständiger, guter Kunst das Schöne und Vollstimmige der Lieder herauszuholen. Das gilt für alle drei Künstler. Nur einmal beim Vortrag des „Talisman“ („Gottes ist der Orient“) durch Fischer spürte man breite, persönliche Gestaltung.

Erno Rabel

Carl Sternheim: Manon Lescaut (Theater d. d. Königsgräber Straße). Zu den schönsten Liebesromanen der Weltliteratur gehört „Manon Lescaut“ vom Abbé Prévost. Neben den anderen unsterblichen Liebesgestalten der französischen Kunst, neben Nicolette, Fanny, Carmen, lebt die holde Manon wie ein Rätselwesen fort, indem sie sich hingibt an einen einzigen, bis in den Tod geliebten Mann mit Dirnentum und entzündender Redheit, unfaßbar, löstlich und rührend verbunden. Prévosts Roman ist ein ganz vollendetes Werk, die besten Franzosen und Deutschen, — auch Goethe — fanden nie genug Worte, es zu rühmen. Was hat man aus der armen Manon nicht alles getan! Opern, Dramen, Bilder, Filme. Das Schlimmste widerfuhr ihr Sonnabend durch Sternheim. Seine Dramatisierung ist nicht das schlechteste Stück, sondern der schlechteste Film der Saison. Die Handlung ist ganz grob in sechs Bilder verpackt. Kein Wort, in dem Manons Herz, kein Satz, in dem die Liebe von des Griaux lebte! Das Stück hat infolgedessen keinen dramatischen Zusammenhang, es ist für das Publikum ungenießbar und für jeden, der Prévosts herrlichen Roman kennt und liebt, eine Pein.

Sternheim interessiert sich nicht nur für die Liebe, sondern auch für die gesellschaftliche Bedeutung Manons. Wie alle großen französischen Kunstwerke wendet auch Prévosts Roman an gesellschaftlichen. Er ist gleichzeitig Darstellung und Kritik des Zeitalters Ludwig XV., und wie alle großen französische Kunst ist er politisch revolutionär. Hal, dachte Sternheim, der Snob und Bürgerläster, und er beschloß, Manon als proletarisches Opfer der Bourgeoisie des XVIII. Jahrhunderts darzustellen. Ganz abgesehen davon, ob das richtig ist oder nicht, dichterisch ist Sternheim selbst die Liebe der Manon noch besser gelungen, als die politische historische „Vertiefung“. Wie selbstverständlich ist das bei Prévost. Wie angelehnt (und außerdem falsch) bei Sternheim. Sternheim beschwert sich im Programmheft des Theaters nicht zum ersten Male, daß ihm die „Presse“ nicht gestattet, seine „Erkenntnis der Epoche“ dem deutschen Publikum „nahe zu bringen. Publikum“? Er meint wohl das Schieberrad, das ihm Sonnabend applaudierte und wirklich keine Erkenntnis verlangte. Und Presse? Vielleicht die großen bürgerlichen Blätter, in denen gedruckt zu werden Sternheims Ehrgeiz ist. Der Arbeiterpresse hat Sternheim jedenfalls keine „Erkenntnis der Epoche“ noch nicht angeboten. Was hätte auch der Snob, der Revolution mimt, hier zu suchen. Er hat ganz recht, uns freiwillig fünf Schritte vom Leib zu bleiben.

Die Orka spielte die Manon. Warum auch nicht? Für die Darstellung einer rührenden Liebe ist sie ja geradezu geboren. Nächste wird sie das Gretchen geben, mit Paritätswache und mit Hüften und Handflächen, deren Herkunft das Programm angeben wird. In Berlin ist heute auch das möglich.

Felix Stößinger

Tages-Notizen

Das Berliner-Orchester gibt Mittwoch, 7½ Uhr, in der Kreuzweg-Halle ein Konzert. Karten in der „Freiheit“-Buchhandlung und Wendenhof.

Die Staatsbibliothek (Großer Stern), Zeitchriften-Erwerb und -abgabe (Kauf) ist jetzt wieder von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr abends geöffnet.

Welt. Montag früh hatte die „Rote Fahne“ zwar geschrien:

„So können wir Kommunisten mit dem Spiegelbild der Lage, das uns das Wahlergebnis so gut und so schlecht wie es eben ein Wahlergebnis bieten kann, gibt, zufrieden sein.“

Abends aber schrieb sie:

„Das Berliner Proletariat wird es selbst in den engen Grenzen, die der Kommune gezogen sind, zu spüren bekommen, was ein Regiment der Bourgeoisie im Stadtparlament und im Magistrat bedeutet: Schuß der Geldströme, Abwälzung der ungeheuren kommunalen Lasten auf das Proletariat, Verhinderung aller Reformen des Wohnungswesens im proletarischem Sinne, vollkommene Auslieferung der Groß-Berliner Bildungsanstalten an die reaktionär-monarchistische Bourgeoisie. All die geringen Anlässe zu Reformen auf wichtigen Gebieten des Berliner kommunalen Lebens werden wieder verschwinden.“

Der Ausfall der Berliner Wahlen ist aber nicht nur wichtig für Berlin selbst, sondern auch von entscheidender Bedeutung für das gesamte Reich. Das rote Berlin, die Hochburg des revolutionären Proletariats, die Stadt, in der die entscheidenden Kämpfe um die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat gekämpft wurden, ist dem nationalen Bürgerblock ausgeliefert. Das wird keine Rückwirkungen auf die preußische und auf die Reichspolitik haben. Wie in Berlin, so ist auch im Reich die Bahn zur Stinnes-Regierung, zur „großen Koalition“ frei.“

Wenn die Kommunisten auch nach dieser Erkenntnis handeln und künftig sachlich in Reich und Glied mitkämpfen, wenn es die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren gilt, und nicht, wie bisher, den Deutschen Nationalen, wenn auch unbewußt, in die Hände arbeiten, so werden weder der Bürgerblock noch der Block der Mitte ernsthaft Anschläge gegen die Arbeiterklasse unternehmen können.

In einem Artikel „Berliner Stadterordnetenwahlen, Kabinett Wirth — kein Selbstbetrug!“ nimmt die „Sozialistische Korrespondenz“ Stellung zu dem Berliner Wahlausfall. Nach einer Kritik der Kommunisten und der Unabhängigen schreibt sie:

„Aber der dritte Schuldige an der furchtbaren politischen Entwicklung in Berlin ist die Sozialdemokratie selber. Auch da hilft kein Reugnen und Bestreiten — die Zahlen sind eindeutig... Von den Reichstagswahlen 1920 bis zu den Preußenwahlen 1921 schmolz die U. S. P. von Tag zu Tag schrittlich zusammen, und Zehntausende ihrer Anhänger strömten zur alten Fahne zurück. Seit dem Görlicher Beschluß hat diese Entwicklung nicht nur aufgehört, sondern sich geradezu ins Gegenteil verkehrt. Die U. S. P., die zum Auslösen reif war, hat sich wieder gefestigt, und sollte der Görlicher Beschluß je in die Tat umgesetzt werden, dann wird die Partei eine schwere Krise durchzumachen haben, als in der schlimmsten Nothzeit. Die Niederlage der Berliner Sozialisten ist auch eine Niederlage der Liste Franz Krüger, der Stadtwahlliste der Sozialdemokratie.“

Protest und Politik

Die gestrige interfraktionelle Konferenz der Koalitionsparteien hat zu keinem positiven Ergebnis geführt. Alles ist noch in der Schwebe. Man ist weder über die Finanzprobleme zu einer Einigung gelangt noch vor allem über die Frage, ob die Regierung Wirth ihre Demission geben soll oder nicht.

Jedenfalls hat das Kabinett selbst noch keinen Beschluß gefaßt. Es will die Entscheidung über sein eigenes Schicksal erst fällen, wenn ihm die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien amtlich mitgeteilt worden ist. Die Rechtssozialisten teilen unsere Auffassung, daß das Gehen oder Bleiben des Ministeriums von dem Votum des Reichstags abhängig gemacht werden muß, aber innerhalb der bürgerlichen Parteien herrschen starke Meinungsverschiedenheiten. Eine Klärung wird erst durch ihre Fraktionsführungen erfolgen.

Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, äußert sich am Montagabend recht vernünftig. Das deutsche Volk, so heißt es da, erhebe mit Recht einen lauten Widerspruch gegen die Art, wie Genf die ober-schlesische Frage gelöst habe, aber es müsse auch jeder verstehen, daß es nicht genüge, zu protestieren, und daß wir fort-fahren müßten, Politik zu treiben.

Dazu gehört in diesem Augenblick vor allem, daß kein vorzeitiges Verlassen des politischen Kampffeldes erfolgt. Das gilt für das deutsche Volk wie für die deutsche Regierung. Je wichtiger die Zeit ist, je schwerere Entscheidungen sie bringen will, um so notwendiger und unerlässlicher ist eine aktionsfähige Regierung. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man sich wundern muß, sie überhaupt irgendwo verkannt oder gar bestritten zu sehen. Eine Demission der Regierung wird dann erfolgen können, aber auch nur dann, wenn ein politischer Wächter abgeschlossen ist. Soweit aber sind wir in diesem Augenblick noch nicht.“

Ganz eindeutig sind diese Worte ja nicht, aber sie dürfen doch wohl so verstanden werden, daß auch die „Germania“ einem Rücktritt des Kabinetts, bevor der Reichstag Gelegenheit zur Meinungsäußerung hat, widerspricht.

Der Schlüssel der Situation liegt bei den Demokraten. Gerade sie sind bezeichnenderweise am ehesten geneigt, das Grundprinzip der Demokratie aufzugeben und die Volksherrschaft auszuschalten. Für sie ist der Protest wichtiger als die Politik, denn welche Politik in Zukunft gemacht werden soll und gemacht werden kann, verrät uns keiner von ihnen.

Katastrophenstimmung an der Börse

Der Dollar bis auf 195 Mark gestiegen

An der Berliner Börse kam es gestern zu einer stürmischen Devisenhausse, wie sie in diesem Umfang noch nicht dagewesen ist. Der Dollar, der am Sonnabend auf 150 stand, sprang zeitweilig bis auf 195, um gegen 4 Uhr langsam auf 188 Mark zu sinken. Selbstverständlich hatte das auch Rückwirkung auf den Handel mit Wertpapieren. Sie wird in einem Börsenbericht folgendermaßen geschildert:

„Wer schon einmal mit den stärksten Worten irgendeiner der vorangehenden Wochentage als den Höhepunkt der Katastrophenhausse bezeichnet hat, ist heute übel dran, denn er dürfte heute keine Worte mehr für die Aufwärtsbewegung großen Stils finden, die die Börse heute durchmachte. Das Publikum ist von Heiligier nach Effekten besessen, hinter der die Frage nach dem Preis immer mehr zurücktritt. Die Devise heißt: Auch nicht einen einzigen Marktschein mehr. An einen Verkauf denkt niemand mehr, auch nicht zum Gewinnnehmen, wie aus der Tatsache hervorgeht, daß Verkaufsbordes größtenteils zurückgelegt sind. So erstreckte die Börse in einem wahren Fieberparoxysmus. Das Geschäft war groß wie nie zuvor. Kursprünge von 100 bis 200 Prozent waren überall zu beobachten.“

Aber auch wesentlich größere. Die Aktien der Norddeutschen Wollseilerei um 408 Prozent, die der Kammgarnspinnerei Störz um 270 Prozent, die der Deutschen Petroleum um 285 Prozent,

Rhein Stahl 239 Prozent, Deutsch-Erdöl 125 Prozent, Neben 120 Prozent, Bergmann 125 Prozent. Die Aktien von Hadamann-Maschinen stiegen sogar um fast 1000 Prozent auf 7000.

Das alles ist die Folge der völligen Latenlosigkeit der Regierung und des Widerstandes der bürgerlichen Parteien gegen eine Reform der Finanzen. Obwohl im Mai die Annahme des Ultimatums erfolgte, ist bis zum heutigen Tage noch nichts geschehen, um den Finanzverpflichtungen gegenüber dem Auslande nachzukommen und auch den inneren Bedarf des Reiches zu decken. Solche Latenlosigkeit muß Katastrophen zur Folge haben, Katastrophen, die ja dem Volk nur Vorteile bringen. Deshalb ist es endlich an der Zeit, daß die Sanierung der Finanzen in Angriff genommen wird und nicht, wie es jetzt geschieht, von Tag zu Tag mit den saden schmerzhaftesten Gründen hinausgeschoben wird.

Für gestern war endlich der Steuerauschuß des Reichstages zusammenberufen, um nach dem Verlust von fast zwei Wochen, das von der Unabhängigen Fraktion beantragte Vorkurssteuerergesetz zu beraten. Die Sitzung aber ist abgelehnt worden. Und zwar wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu berichten weiß, angeblich deswegen, weil das Reichsfinanzministerium außerstande sei, seine Vertreter in die Ausschuhung zu entsenden! Das ist doch eine geradezu unglaubliche Haltung, die noch dazu im Widerspruch mit der Tatsache steht, daß die Herren wohl Zeit haben, den Beratungen des Wirtschaftsrats und anderer Körperlichkeiten beizuwohnen. In Wirklichkeit dürften denn auch ganz andere Gründe vorliegen und die Vermutung gerechtfertigt sein, daß, trotzdem einflußreiche Bankkreise die Notwendigkeit der schleunigen Beseitigung der Vorkursgewinne einsehen, wie die Sachverständigenvernehmungen vor dem Reichswirtschaftsrat ergeben haben, Bestrebungen am Werke sind, sie zu verhindern.

Nationalistischer Krawall in München

Schluß mit der Politik der Erfüllung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 17. Oktober.

Die bürgerlichen Parteien, die Vereinigten Verbände heimat-treuer Oberschlesier und die Rechtssozialisten veranlaßten gestern normittag eine gemeinsame Protestversammlung gegen die Leistung Oberschlesiens. Die „Münchener Post“, das Organ der S. P. D., hatte in großen Lettern zu dieser Versammlung eingeladen. Dr. Klein er aus Rattomitz hielt nationalistische Heh- und Rachereden. Immer wieder wurde er minutenlang von frenetischem Beifall der Nationalisten und Heinenkreuzler unterbrochen. Der Beifall wollte nicht enden als der Redner heftige Angriffe gegen die Reichsregierung und insbesondere gegen Rathenau richtete, den er beschuldigte, in den Verhandlungen mit Vorkurs sein Vaterland verraten zu haben. Jetzt müsse Schluß gemacht werden mit der Politik der Erfüllung, ein alles überhörender Schrei müsse nach Berlin dringen, und bis zu dem Augenblick, wo das uns angetane Unrecht nicht ausgelöscht sei, sei das unser Amt und Jugend unsere Rache.

Der Vorsitzende stellte mit, daß die Parteien des Landtages Vertreter in die Versammlung geschickt hätten. Als er unter den anwesenden Abgeordneten den Namen des Rechtssozialisten Auer bekanntgab, ertönten heftige Pfuirufe. Zwischenrufe: „Raus, Lump, Schuft, spuckt ihn an, den Verräter.“ Andauernder, heftiger Tumult, bis es dem Vorsitzenden gelang, endlich Ruhe zu schaffen. Die Versammlung nahm noch eine Entschliehung an, die sich mit der Hehrede des Referenten deckte. Die anwesenden Nationalsozialisten zogen dann mit weißblauen Fahnen zum Odeonsplatz, wo das Sonntagkonzert der Reichswehr stattfand, und übten dort mit den anwesenden Studenten und Offizieren mit voller Uniform und Ordensschmuck ihre Lunge im Singen nationalistischer Lieder. Gruppen der nationalistischen Kabauletten zogen vor das Gebäude der „Münchener Post“ und schlugen unter Schmährufen auf Auer zwei große Fenster-scheiben ein.

Die Münchener Filiale des M. T. V. verschweigt schamhaft die schlimmsten Stellen der Hehreden, das Einschlagen der Fensterscheiben und die flegelhaften Angriffe auf Auer, der doch durch die Beteiligung seiner Partei an dieser nationalistischen Kundgebung eine bessere Behandlung verdient hätte.

Die Untersuchung des Oppauer Unglücks

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Mannheim, 17. Oktober.

Nachdem durch die Presse bekanntgeworden war, daß der Untersuchungsrichter in Frankenthal die Untersuchung gegen unbekannt in der Sache der Oppauer Katastrophe eingestellt habe, hat der unabhängige Reichstagsabgeordnete Schwarz-Mannheim an den Vorsitzenden des Reichsausschusses, der zur Untersuchung des Unglücks von Oppau eingesetzt worden ist, ein Telegramm gerichtet, worin er die sofortige Einberufung des Reichsausschusses und die Beschlagnahme der Akten fordert.

Dazu wird uns noch geschrieben: Ohne jedwede Mitteilung an die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist die Untersuchung eingestellt worden, die zu einem Teil, neben den Aussagen des Arbeiterrats, die Grundlage für die weitere selbständige Untersuchung des Ausschusses mit bilden sollte.

Der Untersuchungsrichter erklärte seinerzeit dem Genossen Schwarz, dem Vertreter unserer Partei im Untersuchungsausschuß, die Untersuchung könne monatelang dauern! Und nun erfolgt ganz überraschend der Abbruch der Vernehmungen. Schon einmal hat sich der Untersuchungsrichter geweigert, die Akten zur Verfügung zu stellen oder Aussagen aus den Akten zu machen. Eine gewisse Berechtigung konnte man damals nicht abstreiten, da auch die Direktoren der badischen Anilin- und Sodafabrik mit im Ausschuh waren. Die Aufhebung der Untersuchung aber ist nichts anderes, als eine direkte Mißachtung des gesamten parlamentarischen Ausschusses.

Der Herr Untersuchungsrichter beweist mit dem Abbruch der Untersuchung, daß er auch nicht das geringste Verständnis für die 29 Fragen des Abg. Kemmle hat. Diese 29 Fragen sind der konzentrierte Inhalt der Ausführungen der Abg. Bren (S. P.) und Schwarz (U. S. P.) im Reichstag. Daß die Details der Katastrophe in der zweitägigen Voruntersuchung des parlamentarischen Ausschusses noch nicht zutage gefördert werden konnten, ist wohl jedem Einseitigen klar. Aber aller Wert muß darauf gelegt werden, aus der Konzentration dieser Fragen die Schuldfrage des ganzen Systems und der Arbeitsmethode in der chemischen Industrie festzustellen. Hierin scheint uns schon heute festzustehen:

Die Aussagen der Arbeiter haben ergeben, daß durch die Galopparbeit, bedingt durch Prämien und Affordsystem, mindestens die notwendige Sorgfalt bei der Verarbeitung der Stoffe gelitten hat. Hat der Untersuchungsrichter in dieser Hinsicht das Notwendige getan? Darum hat sich nach unserer Auffassung der Untersuchungsausschuß sofort zu kümmern, sofort die Beschlagnahme der

Akten zu erwirken. Damit, daß die an der Katastrophe direkt Beteiligten nicht mehr unter den Lebenden weilen, ist für uns die Sache nicht abgetan.

Wir haben sofort nach der Meldung vom Abbruch der Untersuchung durch den Untersuchungsrichter gefordert, daß der parlamentarische Ausschuh seine Arbeit unbeeinträchtigt fortsetzt. Es liegt noch eine ungeheure Fülle von Belastungsmaterial vor, das in den bisherigen Untersuchungen noch nicht genügend gewürdigt worden ist. Die Vorbereitungen für eine weitere Untersuchung sind indes getroffen. Die Vertreter der Arbeiter und unser Genosse im Ausschuh sowie der Vertreter der Kommunisten haben entsprechende Anträge gestellt. Der Ausschuh sollte am 27. Oktober wieder tagen. Der Herr Untersuchungsrichter hat eine Situation geschaffen, die zum sofortigen Zusammentritt des Ausschusses dringend zwingt. Einer ungesäumten Fortsetzung der Untersuchung steht auch nichts im Wege, denn alle notwendigen Sachverständigen können auf Anruf des Ausschusses sofort vor ihm erscheinen. Wir erwarten daher mit Bestimmtheit, daß der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses dem Antrage unseres Genossen Schwarz sofort stattgibt.

Der homogene Beamtenkörper

Genossin Zieh hat folgende kleine Anfrage im Reichstages gestellt: Zum 31. Oktober 1921 sind von mehreren Fernsprechämtern und vom Postbediensteten in großer Zahl Kündigungen von Angestellten ausgesprochen worden, die zum großen Teil zwei und mehr Jahre im Dienst der Postverwaltung tätig sind. Als Grund der Kündigung werden Ablauf der Urlaubsperiode und Entbehrlichkeit der betreffenden Angestellten angegeben.

Seit dem 1. April 1921 sind jedoch von denselben Dienststellen Personen eingestellt worden, die später in das Beamtenverhältnis überführt werden sollen, deren Zahl die der Entlassenen übersteigt.

Nach Äußerungen von Geheimräten der Ober-Postdirektion sollen die im Angestelltenverhältnis befindlichen Personen schnellstens entlassen werden, um wieder einen homogenen Beamtenkörper herzustellen.

Ist dem Herrn Postminister diese Tatsache bekannt? Willigt er diese unsozialen Maßnahmen, oder ist er bereit, die Verfügung betreffend Entlassung der Angestellten zurückzunehmen?

Drohender Eisenbahnerstreik in Mitteldeutschland

Halle (Saale), 17. Oktober.

In der Eisenbahnhauptwerkstätte wurde heute die Urabstimmung über den Streik vorgenommen. Für den Streik stimmten 1087, dagegen 200 Arbeiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Vertagung der Botschafterkonferenz

Juristische Prüfungen

Paris, 17. Oktober.

Savas meldet: Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundesrates über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Maling.

Zollbetrügereien im besetzten Gebiet

Mainz, 17. Oktober.

In dem zweitägigen Prozeß wegen Zollbetrügereien vor dem französischen Kriegsgericht wurde erst in später Abendstunde das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte, ein gewisser Fio-rence, wurde zu drei Jahren Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, zwei weitere französische Kaufleute zu je einem Jahr Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe und ein vierter zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Hauptmann, der in fahrlässiger Weise durch Herabgabe von nicht ausgefüllten, aber von ihm unterschriebenen Bons, die Zollhinterziehungen erleichterte, erhielt drei Monate Gefängnis und ein weiterer Hauptmann eine Geldstrafe von 5000 Mark. Ein Feldwebel wurde zu einem Jahr Gefängnis und drei andere Unteroffiziere zu je sechs Monaten Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe verurteilt.

Voehner an der richtigen Stelle. Der ehemalige Münchener Polizeipräsident Voehner ist als Rat des Obersten Landesgerichts wieder in den Justizdienst übergetreten. — Nun gibt es keine Klassenjustiz mehr.

Ausschneiden!

Saupreparation der „Freiheit“

2111 die

Druckfache

Berlin G 2
Brelle Straße 8-9

11111

Jetzt noch billig: Kaufen Sie jetzt!

69⁰⁰

Chromleder, mod. breite Form mit Derbyschnitt



Feine Damenstiefel

sehr schicke Hochschaffstiefel mit und ohne Lackkappe in kleinem Boxkalf und R.-Chevreau je nach Ausführung und Ledersorte

135⁰⁰

Wir bringen unserer verehrten Kundschaft, trotzdem die Lederpreise fast eine schwindende Höhe erreicht haben, eine Reihe ganz billiger Angebote. Bei uns kann sich jeder ein Paar schicke Schuhe für billiges Geld kaufen, so z. B. Halbblack-Schnürschuhe **98.50, 135.-**, Halb-Schnürschuhe **98.50, 128.-**, Hohe Stiefel **69.-, 135.-**, alles schöne moderne Formen. Wir können hier nur einige Beispiele anführen und sind gern bereit, Ihnen in unsern Verkaufsräumen unsere Waren und Preise ohne jeden Kaufzwang zu zeigen. **Unser Lager beträgt über 30 000 Paar.**

Halbschuhe

Chromleder **98⁵⁰**
schöne kurze Formen

Echt Boxkalf und echt R.-Chevreau **128⁰⁰**
mit echter Lackkappe, ganz moderne kurze Formen, sehr reelles Fabrikat, sehr haltbar

Fein. Lack-, Schnür- od. Spangenschuhe **198⁰⁰**
allerliebste Sachen

Kinderstiefel

Kräft. Militärleder **59⁰⁰**
25-26 39.00 27-30 49.00 31-35

Echt Rindbox **79⁰⁰**
sehr haltbar 31-35 89.00 37-39

Braun Boxkalf **89⁵⁰**
g. Fabrikat, 31-35 98.50 37-39

Knabenstiefel **69⁰⁰**
für junge Herren 30-39
bessere Sorten 98.50, 119.00

Lack-Schnürschuhe mod. kurze Formen **98⁵⁰**
mit grau und dunkelblau, echt Chevreau-Oberteil, 36-39

Feine Luxus-Halbschuhe **165⁰⁰**
in Lack zum Schnüren, mit Spange, zum Teil mit kleinen unscheinbaren Schönheitsfehlern

98⁵⁰

mit Lederbrandsohle



Echt Rindbox 118⁰⁰

schöne breite Formen, M. 168⁰⁰ 175⁰⁰

Orig. Goodyear - Welt **198⁰⁰**

schicke rassige Formen. Echt Goodyear, gedoppelt m. stark. Doppelsohle aus Kernled., sehr gut. Fabrik.

Braun Boxkalf u. Rindbox **185⁰⁰**
mod. breite Formen, sehr gutes Fabrikat **198⁰⁰**

Alleinverkauf der berühmten Dr. Samter-Stiefel

Grossdetail-Schuh-Lokal

nur Münzstr. 25 Untergrund-Bahnhof Alexanderplatz
Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54

Behrndt

nur Münzstr. 25 Untergrund-Bahnhof Alexanderplatz
Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Das Volk
Die Komödie der Irrungen

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Theater am Rollendorfsplatz
8 Uhr:
Der Better aus Dingsda

TRIANGON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Dreiecke
Die Frau in der

RESIDENZ-THEATER
8 Uhr:
Der König in Paris
Sonntag, 4 U.: Kleine Dreiecke
Cohen Humbrecht

KLEINES THEATER
7 1/2 Uhr: Carola Zoffe in
Fr. Jettie - mein Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine Dreiecke
Caféhaus Cohn

Theater i. d. Königgräber Str.:
7.30 Uhr: **Manon Lescaut**
(Orska, Jansen, Sienman, Wils, Brand, Bernburg, Wils, Schlegel, Rupp, Wils, Twardowski)
11 U.: **Manon Lescaut**
Do.: **Die Fahrt ins Blaue**

Romödienhaus:
Täglich 8 Uhr:
Der barocke Schmeck:
Jonnys Busenfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala

3rd. Maffay n. G.
Ralph Arthur Roberts,
Pepi Sampa, Herb Ripper

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville
7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**
Ergellens Woge
8 1/2 Uhr: **Donnerstags**

Romische Oper
7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr:
Die große Ausstattung-
Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater z. Kottbus. Tor
Tel.: 101. 16077
Tägl. 7 1/2, 8 1/2 u. 9 1/2 Uhr.
Elite-Sänger
Bühnen-Konzert
Dorf. 11-12, u. 4-6

Apollontheater 8 U.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

METROPOL
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
Der unüberwindliche
Oktober-Spielplan

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr.
Polkötümliche Preise!
Große Darbietungen.
16 Circus-Cassinetten 16
Vorakt. benutzen!

CIRCUS BLUMENFELD
Neukölln
am Politzpark
22 Circus-Attraktionen!

MARMORHAUS

Direktion: Siegfried Goldschmidt
Richard Oswald Lichtspiele
1/2 8 Uhr:
Donnerstag, den 20. Oktober 1921
Uraufführung
des Millionen-Films der
Richard Oswald Film A.-G.

Lady Hamilton

im Marmorhaus und in den
Richard Oswald Lichtspielen
7 Akte frei nach der Historie und den
Romanen von Heinrich Vossler Schumacher
'Liebe und Leben der Lady Hamilton'
und 'Lord Nelsons letzte Liebe' von
Richard Oswald
In den Hauptrollen:
Liane Haid / Else Helms / Gertrud Welker
Jlka Grünig / Käthe Waldek / Adele Sand-
rock / Julie Serda / Conrad Veldt / Reinhold
Schünzel / Werner Krauß / Gg. Alexander
Theodor Loos / Hans Heinz v. Twardowski
Friedrich Kühne / Heinrich George / Louis
Ralph / Hugo Döblin / Anton Pointner / P. Bildt
Entwurf: Paul Laal. Dekor.: Hans Dreier.
Regie: Richard Oswald
In beiden Theatern: Erhöhte Eintrittspreise
von 10.00 M. bis 50.50 teils neu. neuer.
Dienstpl., Ehrenkart. u. Freikart. angebob.
Die Karten sind
an den Hof. Kassen
in 10 Min. hergestellt.
Erscheint
in Verbindung mit
Richard-Film-A.-G.
Geschlossene Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr.
Karten vor 1 1/2 Stunde vor Beginn d. Vorstellung.
Vorverkauf ab Montag, d. 17. Oktober,
vorm. 11 bis 1 Uhr, für 3 Tage im voraus.

LTL.

Luisen-Theater.
Lichtspiele
Reichenberger Straße 34.
Der Schrecken der roten Mühle
Gesellschaftsfilm mit
Otto Gebühr, Egge Nissen
Filmbauten
Die große Filmbühne der Welt!
Anfang 8 U., Sonntag 7 1/2 U.
Neues großes Orchester
mit Leitung des bekannt.
Kapellmeisters Ritsch
Mittwoch-Sonab. 7 1/2 U.
Kindervorstellung

Die Firma Stenard Lackwerke G. m. b. H. beabsichtigt auf dem Grundstück am Korbauer 11/12 eine Lackfabrik zu errichten.
Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtschulz binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder in Vertretung anzuzeigen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Schriftsetzung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Kaiser-Wilhelm-Straße 60, 1. Treppe, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftszeiten in der Zeit von 9 bis 3 Uhr während der abendlichen Brief zur Einsicht aus.
Für mündlichen Erörterung der redigierten erhebenem Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Oberstadtschulz Weber, auf Dienstag, den 1. November 1921, vormittags 11 Uhr, in unserem Sitzungssaal, Kaiser-Wilhelm-Straße 60, 1. Treppe, Zimmer Nr. 1, ein Termin anberaumt, zu dem die Interessierten sowie die Widersprechenden unter der Führung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Ausführung der Einwendungen vorgegangen wird.
Berlin, den 7. Oktober 1921.
Der Stadtschulz für Berlin
gez. Schneider.

Flugschriften der Kommunistischen Internationale

1. Zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen (Auszug des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder)
 2. Thesen des 3. Weltkongresses zur Weltlage und über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale
 3. Thesen des 3. Weltkongresses über die Taktik
 4. Thesen des 3. Weltkongresses über die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschafts-Internationale
 5. Zeitsätze des 3. Weltkongresses über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden u. den Inhalt ihrer Arbeit
 6. Offener Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Mitglieder der KAPD.
 7. Die internationale kommunistische Werbeweche (3. bis 10. November)
 8. Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Washingtoner Konferenz
- Preis pro Heft 30 Pfennig**

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 11

Ankerhals Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der insbesondere einmal erscheinenden
Illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
zum Preise von Mk. 12.— monatlich, Mk. 6.— halbmönl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
(Namen deutlich schreiben, Briefe genau ausfüllen vom, Auf, Off., Durchgeh.)
Diesen Bestellchein bitten wie in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 88b, einzuliefern.

Kino, Mord und Todesstrafe

R. Der Arbeiter Emil Böhm ist dieser Tage, wie wir berichtet, von den Geschworenen des Raubmordes an der 61jährigen Witwe Emilie Giller, begangen am 22. November 1920, für schuldig erklärt und von den Richtern zum Tode verurteilt worden. Aus den völlig unzulänglich gehaltenen Berichten über diesen Gerichtsfall ist ein klares Bild über die Persönlichkeit des Verurteilten nicht zu erhalten. Ebenso unaufgeklärt bleiben für den Leser die Motive der grausigen Tat. Nur in einer Hinsicht sind alle Zeitungsberichte einig: Die Kinovorstellung „Der Bürger“ gab den Antriebs zum Verbrechen.

Es ist nun keineswegs leicht, in jedem einzelnen Falle den Zusammenhang zwischen Kino und Verbrechen festzustellen. Doch Kriminalisten, die sich eingehend mit der Frage beschäftigt haben (so Hellwig), wissen ganz genau, wie vergrößert der kriminelle Schundfilm auf die Jugend wirkt. So ist denn in diesem Falle der Film „Der Bürger“ als intellektueller Missethäter zu bezeichnen.

Man kann es dahingestellt sein lassen, ob die Staatsanwaltschaft in einem Falle, wo gerichtsnotorisch festgestellt worden ist, daß der Film den Antriebs zu Verbrechen gegeben hat, die juristische Möglichkeit hat, gegen die Filmgesellschaft und das Kino vorzugehen. Wichtiger erscheint an der Hand dieses Falles das andere Problem: Wie lange werden es sich Staat und Kommunen gefallen lassen, daß gewissenlose Unternehmer ihres Profits willen den niedrigen Instinkten des Publikums schmeicheln, Geist und Seele der Jugend vergiften und eine der größten Entehrungen der modernen Technik zum Werkzeug des Verbrechens machen? Mühten nicht endlich die Eltern und Lehrer in einmütigem Protest dagegen Stellung nehmen? Wäre es nicht an der Zeit, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das den Herstellern und Verbreitern von die junge Volkseele vergiftenden Schriften und Schaufstellungen das Handwerk gelegt werden würde?

Zum Falle Böhm muß im besonderen gesagt werden: Es ist nicht leicht, sich über einen Gerichtsfall ein Urteil zu bilden, ohne der Gerichtsverhandlung beigewohnt zu haben. Sollte es jedoch richtig sein, daß Böhm sich am Mord selbst beteiligt hat, so ist das Todesurteil selbst vom Standpunkt des Vergeltungsrechts höchst befremdlich. Für die Grausamkeit des eigentlichen Mörders — Kieding — kann er doch nicht verantwortlich gemacht werden. Gewiß ist es möglich, daß Böhm im Zimmer des Opfers sich plötzlich eines Besseren besonnen hat und von seinem Vorhaben zurückgekehrt ist. Der entsprechende Fürsorgepflichtig Alibi bedurfte keineswegs des Antriebes durch Böhm. Die paar Jahre Altersunterschied dürfen natürlich nicht genügenden Grund abgeben, an beide ein verschiedenes Maß anzulegen, dem einen das Leben zu schenken, dem anderen es zu nehmen.

Es kann in diesem Zusammenhang davon abgesehen werden, die prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe nochmals zu unterstreichen. Gezeigt muß jedoch werden, daß es ein Irrtum ist, zu glauben, durch die Bestrafung eines solchen Verbrechens mit dem Tode abschreckend zu wirken und die Zahl der Verbrechen zu mindern. Rußland, das momentan das klassische Land der Todesstrafe für Raubüberfälle ist, hat dies erneut schlagend bewiesen. Die schweren Verbrechen haben dort nicht abgenommen, obwohl Todesstrafen denselben mit fast automatischer Sicherheit auf dem Fuß folgen. Die sozialen Ursachen, die zur Vernehmung der schweren Verbrechen führen, sind eben derart, daß nur ihre Ausschaltung oder Abschwächung zur Einschränkung dieser Verbrechen führen kann. Der Verbrecher wird hier zum Opfer seiner Zeit nicht im geringeren Maße als das Opfer des Verbrechens selbst. Die moralische Pflicht gebietet, unter solchen Umständen Milde walten zu lassen und nicht Vergeltung zu üben. Das Gefängnis bietet der Gesellschaft genügend Schutz.

Das Todesurteil gegen Böhm ist einerseits von dem längst verworfenen Vergeltungsdenken und andererseits von Abschreckungsabsichten diktiert. Es ist in beiden Beziehungen als Fehlurteil zu bezeichnen. Erhöhet wird dies durch die Nebenumstände: durch Böhms geringe Verbrechen, die Art seiner Anteilnahme an der Tat, die schwierigen Arbeitsverhältnisse, die Passivität des Volkes gegenüber der Volksergister und deren Straflosigkeit. Das heuchlerische Gebahren unserer herrschenden Gesellschaftsstände findet hier wieder eine grelle Beleuchtung. Es muß erwartet werden, daß das Todesurteil auf dem Gnadenwege aufgehoben und den Volksergister endlich der Garaus gemacht wird. Es wird überall nach unzähligen Schriften gefahndet, eine besondere Filmprüfstelle am Polizeipräsidium mit Professor Brunner an der Spitze ist am Werk. Doch die wahre Quelle der Entfesselung der Jugend bleibt unangestastet. Mit ihrem Leben hat die Jugend dafür zu quittieren.

Mordprozeß Haufe

Im Schwurgerichtsprozeß gegen die wegen Anstiftung bjm. Mordes an dem 41jährigen Geldverleiher Engelmann in der Linienstraße angeklagten Frauen Haufe und Schulz zog sich die Vernehmung der Angeklagten bis in die Nachmittagsstunden hin. Die Angeklagte Schulz, welche der Anstiftung zum Mord beschuldigt wird, bestritt mit aller Entschiedenheit, die Haufe bjm. den Mordtäter Walter Piesegang zu der Tat angestiftet zu haben. Im Laufe ihrer Vernehmung ergab es sich, daß die Schulz, ohne von ihrem ersten Ehemann Grochowski geschieden zu sein, sich zum zweiten Male verheiratet hatte. Sie ist deshalb inzwischen wegen Bigamie zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Störmer, welcher die Obduktion der Leiche des Engelmann vorgenommen hatte, betonte in seinem Gutachten, daß die an der Leiche festgestellten Verletzungen außerordentlich schwerer Art waren und die Anwendung einer besonders brutalen Gewalt erkennen ließen. Der Tod sei infolge Verblutung durch Aufschneiden der Halsschlagadern eingetreten. — In der Beweisaufnahme wurden ausführlich die Kriminalkommissare Legmeyer und Biese über die von ihnen in der Sache angestellten Ermittlungen vernommen.

Der jetzige Ehemann der Angeklagten Haufe bestritt die Angeklagte Schulz schwer. Diese habe ihn und seine Frau, denen sie mehrmals Nahrungsmittel gebracht hatte, auf Engelmann hingewiesen, bei dem viel Geld zu holen sei. Sie habe gesagt: Der alte Knacker müßte von der Welt. Er habe im Schranke 60.000 Mark zu liegen. Der mitanwesende Walter Piesegang habe gleich gesagt: Schorich, das machen wir! Doch habe er, der Zeuge, eine solche Sache abgelehnt. — Am Tage der Tat habe Frau Schulz wieder gesagt: Heute sind die besten Chancen, dem Alten eins über dem Kopf zu geben; der erste Verdacht würde sicher auf die Frau des alten Knackers fallen! Piesegang habe wieder Lust gehabt, die Sache zu machen und habe u. a. gesagt: Wenn ich den anpasse, fällt er ja schon um! Er, der Zeuge, habe jede Beteiligung rundweg abgelehnt; es sei übrigens bei den Gesprächen nichts von einer Mordabsicht, sondern nur von einem Raube gesprochen worden. Frau Schulz habe, als sie drei das Lokal verließen, ihnen nachgerufen: Na, ich wünsche euch viel Glück, ich halte auch den Daumen! Nach gescheneher Tat habe seine Frau ihn weinend umhals und gesagt: Ich bin unschuldig! Während Piesegang ihm zugerufen habe: Er ist tot! — Eine Frage des Rechtsanw. Dr. Ball, ob der Zeuge nicht, während die Tat bei Engelmann ausgeführt wurde, auf der Straße gewartet habe, verneinte der Zeuge mit großer Entschiedenheit. Wir werden das Urteil mitteilen.

Nicht im Fahrten einsteigen! Zwei tödliche Eisenbahnunfälle werden aus Stralau-Rummelsburg und Südenbe gemeldet. In Stralau-Rummelsburg wollte in der vergangenen Nacht um 12 Uhr der Schlosser Gustav Sydow aus der Schillerstraße 23 einen anfahrens Stadtbahnzug besteigen. Hierbei geriet er unter die Räder und wurde auf der Stelle getötet. Man brachte den Verunglückten nach der Wartehalle des Bahnsteigs B und rief einen Arzt. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. — Auf dem Bahnhof Südenbe geriet der Bureauvorsteher Friedrich Schaler zwischen zwei Wagen, als er einen schon in der Fahrt befindlichen elektrischen Zug Berlin-Lichterfelde-Ost besteigen wollte. Auch er erlitt Verletzungen, die sofort den Tod herbeiführten.

Bescheidenheit ist eine Tugend

Ein Hohenzollernisches Pumpgenie

Von den zwischen dem Prinzen Friedrich Leopold und dem preussischen Finanzminister Schwedenschen Prozeßes ist jetzt der erste vor dem hiesigen Landgericht I zur Entscheidung gekommen. Das Urteil lautete zugunsten des Prinzen. Gegenstand des Prozeßes war der im preussischen Landtag lebhaft erörterte Vertrag, den der preussische Finanzminister mit dem Prinzen im Juni 1921 unter Anwendung von 20 Millionen Mark aus Staatsmitteln in Lugano abgeschlossen hatte. Wie bekannt, hatte der preussische Finanzminister im Frühjahr 1920 das gesamte Vermögen des Prinzen mit Beschlag belegt und die Einnahmen daraus gesperrt. Da das Finanzministerium auch keine Unterhaltsbeiträge an den Prinzen abführte, geriet der Prinz, der sich damals in Lugano aufhielt, in große Not (!) und war angeblich gezwungen, gegen Verpfändung seines dortigen Besitzes und Mobilars Kredit zu hohen Zinsen aufzunehmen. Der Prinz erhob gegen das Finanzministerium Regressansprüche. Es kam ein Vertrag zustande, wonach der Finanzminister die Schweizer Schulden des Prinzen, die inzwischen auf etwa 2 Millionen Franken gestiegen waren, ablöste.

Der Finanzminister, der im preussischen Landtag wegen des Vertrages heftig angegriffen war, verlangte von dem Prinzen nachträglich als Sicherheit Hypotheken auf seine deutschen Besitzungen und machte hieron sogar die Zahlung von Unterhaltsgeldern an den Prinzen abhängig. Nachdem der Prinz dieses Verlangen zurückgewiesen hatte, erklärte der Finanzminister dem Prinzen für vertragsbrüchig und drohte ihm den sofortigen Verkauf der gepfändeten Gegenstände an. Wegen dieser Drohung rief der Prinz, um den Verkauf der Sachen zu verhindern, den Schutz des Gerichts an. In der gerichtlichen Verhandlung gab der Vertreter des Finanzministeriums die Erklärung ab, daß der Dezentement des Ministeriums sich in einem Revisionsverfahren befinden habe; der Minister achte die Behauptung der Vertragsverletzung und die Verkaufsandrohung zurück. Der Finanzminister vertrat den Standpunkt, daß die zu gerichtlichem Protokoll abgegebene Erklärung dem Prinzen als Sicherheit genügen müsse, und protestierte gegen eine Verzögerung, während der Prinz auf eine Restitutionsentscheidung bestand, da nach seinen bisherigen Erfahrungen die abgegebene Erklärung ihm nicht den erforderlichen Schutz gewähren könne.

Das Gericht schloß sich dem Standpunkt des Klägers an und verurteilte den Finanzminister, anzuerkennen, daß der Vertrag durch den Prinzen nicht verletzt ist und er kein Recht habe, den angeordneten Verkauf der Pfandstücke vorzunehmen. Ebenso wurden sämtliche Kosten dem Finanzminister auferlegt.

Der Herr Dogrom-Inspektor

Das Postamt C. 1 hat sich eines Inspektors zu erfreuen, der ein frommer Antisemit und Reaktionär ist (wofür er allerdings nichts kann, denn der unerforschliche Ratsschlus des Himmels legt nun einmal nicht jedem die geistige Portion Vernunft und Geschma in die Wiege). So weiß, so gut. Aber dieser königlich republikanische Postinspektor heißt auch die nicht die antisemitisch-reaktionären Schwerenöter heraus, und zwar in einer Weise, die es notwendig macht, ihm zu Gemüt zu führen, daß er schließlich und endlich nicht dazu da ist, um von Amts wegen Propaganda für die so bestechen Scherzartikel der Firma Hakenkreuz u. Mörderkreuz zu machen. Eine besondere Vorliebe legt der Herr Inspektor dabei für die Flugblätter Marke Knäppel-Kunze und für die Deutschnationale Partei an den Tag. Die ersteren verteilt er höchstselbst während der Dienststunden, die letzteren gleichfalls. Außerdem ist er für die „Deutsche Tageszeitung“ sehr eingenommen und wird fleißig unter seinen Beamten für sie. Auch Sinn es hat er in kein Herz geschlossen, was sich unter anderem darin äußert, daß er auch gegen den atomischen Abonnementenschwund der „Deutschen Allgemeinen“ sein Möglichstes tut. Wohlgefällig ruht der sonst so gestrenge Amtsblick des Gewaltigen auf denjenigen seiner Untergebenen, die die Dienststunden dazu benützen, seine Leib- und Morgenblätter zu lesen. Wätersich sorgt er dafür, daß sie ungehindert bleiben und nicht durch profane Arbeit belästigt werden.

Thomas Münzer, der Volksprophet

Von Julius Deutsch

(Fortsetzung.) Die weite Halle der Marienkirche war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Nicht im sonntägigen Festgewand, in Wehr und Waffen waren die Bürger erschienen, so schon durch ihre Ausrüstung bekundend, daß es sich heute nicht um geistliche, sondern um weltliche Angelegenheiten handelte. Die feierliche Weihestimmung des Gotteshauses verschlehte indes auch diesmal ihre Wirkung nicht; allmählich erstarrte die hastige, pridelnde Unruhe, die in den letzten Tagen die Bürger Mülhauseus geschüttelt hatte, und machte einem fast andächtigen Ernst Platz.

In der Mitte der Kirche, unterhalb der Kanzel, stand eine eilig zusammengestellte Holztribüne, auf der die Ratsherren Platz nahmen. Sie steckten die Köpfe zusammen und flüsterten eifrig, während besorgte Blicke auf die Volksmenge fielen. Der Pfarrer Heinrich Pfeifer und der Stadtschreiber Otter, die bisher in der Volksmenge gestanden hatten, begaben sich auf die Holztribüne. Sie nahmen als Vorsitzende den Mittelplatz ein. Dann erhob sich der Pfarrer und hielt eine kurze Ansprache: Die Gemeinde habe sich versammelt, um selbst zu entscheiden, ob die freie Reichsstadt Mülhausen in den Bund der Bauern treten solle, nachdem der Rat darüber zu seiner Einigung gelangen Wanne. Er meinte, daß zuerst der allverehrte Bruder Thomas Münzer über diese Sache reden möge, denn er sei es, der im Rate am beredtesten den Anschluß an die Bauern verlangt habe.

Als Münzers jugendliche Gestalt hierauf auf der Kanzel erschien, ging eine große Bewegung durch die Menge. Man redete und strakte sich, den Prediger zu sehen, der es so trefflich verstand, die Herzen mit fortzureißen. Und wahrlich, der Ruf, der ihm voranging, hatte nicht getrogen. Wie Donner klangen seine Worte, wenn sie sich anklagend und drohend gegen die Mächtigen dieser Welt wandten. Dagegen tönten sie lind und schmeichelnd, wenn sie des kommenden neuen Reiches, des Reiches der Gottesfurcht und wahrer Christlichkeit gedachten. In einer tiefen Verzückung lauschten die Männer der gewaltigen Predigt, die sie mit forttrieb und für den Anschluß der Stadt an jene tapferen Bauernschaften begeisterte, die gegen die Fürsten zu Felde zogen.

Als er geendet, schien das Ergebnis der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft. Doch es erhob sich einer aus der Mitte der Ratsherren, der mit gar großer Geschicklichkeit dem Prediger erwiderte. Es sei gewißlich wahr, gab der Ratsherr zu, daß weltliche wie geistliche Herren dem gemeinen Wanne viel Unrecht und Beschwer zugesügt haben. Aber dagegen dürfe man sich mit aufrehrerischer Gewalt wenden, sondern mit gütlichem Zureden und untertäniger Bitte.

Nichts sei gottloser, denn ein Aufruhr wider die von Gott gesetzte Obrigkeit. Er müsse den Anhängern des neuen Glaubens auch noch zu Gemüte führen, daß selbst der von ihnen verehrte hochgelehrte Martinus Luther die Bauern wegen des Aufruhrs ernstlich getadelt habe.

Darauf der Münzer: Man wisse schon, wessen man sich von dem sanftlieblich Fiesel zu Wittenberg zu versehen habe. Der Luther habe es allemal mit denen, die wohl den Papst zu Rom nit seiden mögen, aber seine eigene Papstheit erdulden. Und er bekämpfe immer die, so gegen alle Papstheit austreten. Die lutherische Herrenpartei sei nur für eine geistliche Erlösung der Bauern, indes das weltliche Unrecht weiterbestehen solle. Er erachte aber die neue Herrschaft nit viel besser denn die alte, von den römischen Mäffen segnete Tyrannie. Iht sei aber die Zeit kommen, alle Tyrannie abzutun. Dazu möge auch die Mülhauseuer Bürgerchaft ihr Teil beitragen, und er meinte, daß sie noch niemals ein selbigeres Wert vollbracht habe.

Jawohl, das sei auch ihre Meinung, riefen die Bürger. Mann für Mann trat herfür und erklärte, dem Anschluß der Stadt an den Bund der Bauern seine Zustimmung geben zu wollen. So ward zum Verdruß und zur Bestürzung der Ratsherren das Bündnis beschlossen.

Das ist noch nit genug, ließen sich nun die Freunde des Münzers vernehmen. Wir wollen den alten Rat nimmer dulden. Wählet einen neuen Rat!

Ein großer Lärm erhob sich. Die Anhänger des alten Rates wollten von einer neuen Wahl nichts wissen, indes seine Feinde immer kühnlicher die Absetzung verlangten. Die letzteren trugen schließlich den Sieg davon.

Als die Verammlung in der Marienkirche zu Ende ging, war die freie Reichsstadt Mülhausen in eine neue Bahn getreten, in der sie neue Männer führten. An ihrer Spitze standen die Anhänger der Prediger Münzer und Pfeifer, die nunmehr alle Vorkehrungen trafen, um gemeinsam mit der Bauernschaft die Waffen gegen die Fürsten zu erheben. Mülhausen war die erste ansehnliche Stadt, die in dem großen Streit zwischen den adeligen Mächtigen und den von ihnen Bedrückten an die Seite der Bauern trat. Ihr folgten bald andere.

Die erste Sorge der Münzerischen war darauf gerichtet, den Aufruhr so allgemein zu machen, daß er schon durch seine Größe eine Gewähr des Sieges bot. In weitem Umkreis sollten sich mit einem Schloze Bürger und Bauern erheben und zum gemeinsamen Kampfe vereinen. Unermüdlich reiste deshalb der Münzer talauf und talab, den Aufruhr zu predigen. Bald war er in Thüringen, bald in Hessen, bald in Sachsen. Man hörte von seinem Wirken in Franken und in Schwaben, man sprach von ihm in diesen Dörfern und Städten und auf entlegenen Ämtern. Wohin er kam, lauschten Tausende seinen fähnen Worten, gelobten Bürger und Bauern, der gemeinsamen Sache treu zu dienen im Leben

und im Sterben. Konnte der Volksprophet nicht selbst eine Gegend bereisen, dann schrieb er Briefe dahin, die zum Kampfe riefen.

Weit hinten im Mannseldischen Gebirge sahen zwei alte Mitterschworene, die Bauern Barthel und Bischof, die riefen ihre Freunde nächstherweile nach einer abgelegenen Schenke zusammen, um sich mit ihnen zu beraten. Dicht gedrängt sahen die Bauern in der niederen Wirtsstube, die nur von einem qualmenden Rienspan beleuchtet war. Des Barthels energischer Kopf hob sich selbstam von der Wand ab, als er nun zu reden anhub. Im Zwielsicht des rotglühenden Rienspans schien sein Schatten riesengroß und größer zu werden, sich zur Decke zu erheben und schließlich die ganze Stube auszufüllen. Dabei klang seine Stimme so stark, daß die Bauern sich wunderbar gepackt fühlten. Er las einen Brief des Münzer vor, der also lautete:

„Die reine Furcht Gottes junor. Lieben Brüder, wie lange schläft Ihr? Seid nicht verzagt, nicht nachlässig, schmeichelt nicht länger den verkehrten Phantasten, den gottlosen Bösewichtern! Habet an und streitet den Streit des Herrn! Es ist hohe Zeit. Haltet Eure Brüder all dazu, daß sie göttliches Zeugnis nicht verspotten, sonst müssen sie Alle verderben. Das ganze Deutsche, Französische, und Weisland ist erregt. Der Meister will ein Spiel machen, die Bösewichter müssen dran. Zu Juda haben sie in der Osterwoche vier Stifskirchen verwühtet. Die Bauern im Klattgau, im Hegau und Schwarzwald sind auf, dreißigtausend Mann stark, und wird der Haufe je länger je größer. Allein das ist meine Sorge, daß die härrischen Menschen sich verwilligen in einen falschen Vertrag, darum, daß sie den Schaden noch nicht erkennen. Wo Euer nur drei sind, die in Gott gelassen, allein seinen Namen und seine Ehre suchen, werdet Ihr Hunderttausende nicht fürchten. Nur dran, dran, dran! Es ist Zeit. Die Bösewichter sind verzagt wie die Hunde. Reget an in Dörfern und Städten und sonderlich die Vergessenen mit anderen guten Burschen! Wir müssen nit länger schlafen. Diesen Brief lasset den Vergessenen werden. Mein Bruder wird kommen in kurzen Tagen. Ich habe die Botschaft erhalten; ich kann es jetzt nicht anders machen. Selbst wollte ich den Brüdern Unterricht geben, daß ihnen das Herz viel größer sollte werden denn alle Schlösser und Rüstungen der gottlosen Bösewichter auf Erden. Dran, dran, dran! Weiß das Feuer heiß ist. Laßet Euer Schwert nit kalt werden von Blut; schmiedet Vindeband auf den Ambos Rimmolds, werft ihm den Turm zu Boden! Stellt Euch fürwahr männlich! Ihr werdet sehen die Hüfte des Herrn über Euch. Da Josephat diese Worte hörte, da fiel er nieder. Also tut auch durch Gott, der Euch stärkt, ohne Furcht der Menschen, im rechten Glauben! Amen.“

Gegeben Mülhausen im Jahre 1525. Thomas Münzer, ein Knecht Gottes wider die Gottlosen.“ (Schluß folgt.)

Die Hochburg der deutschen Konterrevolution

Aus München wird uns geschrieben:

Seit dem Kapp-Putsch im März 1920 hat sich in Bayern ein Zentrum der monarchistischen Restaurationsbewegung gebildet, das unter der Regierung Kahr sich frei entfalten konnte. Der Regierungswechsel in Bayern, der dem Grafen Lerchenfeld die Verantwortung für die bayerische Politik übertrug, hat zwar eine wesentliche Entspannung der Beziehungen zwischen Bayern und der Reichsregierung gebracht, aber der gute Wille des neuen Ministerpräsidenten allein genügt nicht, um das Treiben der Konterrevolutionäre unschädlich zu machen, wenn die Kraft fehlt, dem Willen auch die Tat folgen zu lassen. Die dem Ministerpräsidenten untergeordneten Behörden arbeiten noch im gleichen Sinne, wie unter der Regierung Kahr. Die Gerichte fällen weiter Klassenurteile, der Staatskommissar von München wendet die Reichsverordnung, die gegen monarchistische Hebe der Rechtsprelle und gegen ihre Mordeherzfindungen erlassen wurde, gegen die Presse der Linken an, und in der Münchener Polizeidirektion sitzen die Vertrauensleute der reaktionären Terrorgruppen noch in verantwortungsvollen Ämtern. Die Staatsanwälte gehen nicht gegen strafbare Handlungen der Rechtsputschisten vor und die Mörderorganisation des Freikorps „Oberland“ ist immer noch nicht unschädlich gemacht. Der Kommandant der bayerischen Reichswehr, General Epp (der mit seinen weißen Gardem im Mai 1919 München „eroberte“) befehlt seinen Truppen die Teilnahme an monarchistischen Demonstrationen und die bayerischen bewaffneten Geheimorganisationen der Reaktion stehen nach wie vor in engster Fühlung mit ihren Schwesterorganisationen in Tirol, die nur den günstigen Augenblick abwarten, um aktiv aufzutreten.

So ist trotz des Regierungswechsels in Bayern der politische Kurs durch die Sabotage der unteren Behörden der gleiche geblieben. Die letzten Enthüllungen der „Münchener Post“ über das Freikorps „Oberland“ haben gezeigt, daß diese Organisation mit ihrem Spionage- und Mörderapparat vor keinem Verbrechen zurückschreckt, wenn sie damit ihre reaktionären Ziele fördern kann. Diese Enthüllungen zeigten aber auch, daß das Freikorps „Oberland“ gerade deshalb so aktiv sein kann, weil es die intimsten Beziehungen zu staatlichen Behörden besitzt und von Junkern und Großindustriellen mit großen Geldsummen unterstützt wird. Bereits im November dieses Jahres war in Bayern ein monarchistischer Putsch geplant, und die Monarchisten in Tirol wollten diesen günstigen Augenblick benützen, um ihre Loslösungsabsichten von Oesterreich zu verwirklichen. Die Tiroler Heimwehr, die über rund 10.000 Gewehre, über viele Maschinengewehre und Geschütze verfügen, sollten in Tirol die Bewegung führen und Verstärkung aus Bayern war bereits zugesagt. Der Sturz der Regierung Kahr in Bayern hat diesen Plan vorläufig zunichte gemacht. Es sind aber auch andere Schwierigkeiten entstanden, die in der Uneinigkeit der Monarchisten in Tirol begründet sind. Dort sind die Gegensätze zwischen den Anhängern der Habsburger und der Wittelsbacher noch so groß, als daß man jetzt schon zu einer einheitlichen monarchistischen Aktion gekommen wäre.

In Bayern geben sich die Monarchisten nach außen hin den Anschein, als lehnten sie jeden Gewaltstreich ab. Sie erklären stets, daß sie glauben, das bayerische Volk auf „verfassungsmäßigem Wege“ wieder zur Monarchie zurückführen zu können. Jede sich bietende Gelegenheit wird benützt, um für den monarchistischen Gedanken Propaganda zu machen. Der bayerische Kronprinz Rupprecht tritt in der letzten Zeit immer wieder in München bei nationalistischen Feiern auf und durch geschickte Regie wird stets dafür gesorgt, daß ihn „stürmische Hochrufe umbrausen“. Am 9. Oktober fand in München ein Trauer- und Opferfest für die Gefallenen im Weltkrieg und ihre Hinterbliebenen statt. Diese an sich harmlose Feierlichkeit wurde zu einer militärisch-monarchistischen Demonstration gemacht. Alle nationalistischen Vereinigungen, Kriegervereinigungen, Offiziersvereinigungen aller Schattierungen usw. beteiligten sich an der auf dem Königsplatz stattfindenden Feier. Es ist der gleiche Platz, auf dem im Vorjahre der Landeshauptmann der Einwohnerwehr, Herr Escherich, seine Selbstschußorganisationen die Gewehre zum Schwur erheben ließ. Selbst dem Festredner, Kardinalerzbischof von Faulhaber, war stets das militärische Gepräge der Veranstaltung zu stark und er flocht in seine Gedenk-

rede den Satz ein: „Wollen wir hoffen, daß die heutige Feier nicht als militärische Feier, nicht als Bedrohung des europäischen Friedens aufgefaßt wird.“ Er hatte allen Anlaß zu dieser Besorgnis, denn die gesamte in München garnisonierte Reichswehr war im Stahlhelm erschienen, General Ludendorff und andere Generale, Kronprinz Rupprecht, Prinz Leopold (der Eroberer von Warschau) wohnten in voller Feldmarschalluniform der Feier bei und zum Abschluß der Feier fand ein Paradezug der gesamten Münchener Reichswehr vor Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold statt, die den Paradezug mit dem Marschallstab in der Hand abnahmen. Die Münchener Presse geriet darüber in einen Begeisterungssturm. Eine Probe davon, wie lebendig der militärische Geist in Bayern noch ist, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Der Trauerfeier folgte ein Paradezug der Reichswehr vor den Feldmarschällen Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold. Und da gab es leidenschaftlich wieder einen regelrechten Paradezug, der den Boden erzittern ließ, fest angelegte Hände, stramm gemendete Köpfe und blühend gerlichtete Augen unterm Stahlhelm. Wer das Militär liebt, schon seiner eifrig und stilsich erzieherischen Bedeutung halber, der konnte seine Freude haben an diesem Bild.“ Das ist ein wahrer Hymnus auf den Militarismus und die Sehnsucht nach der Wiederkehr seiner eisernen Herrschaft klingt durch jede Zeile. Mit Befriedigung meldet das Blatt dann noch, daß die Mitglieder der Familie Wittelsbach bei ihrer Ankunft und Abfahrt von vielen Hochrufen begrüßt wurden.

Man erinnere sich, daß erst vor kurzem bei der Regimentsfeier des ehemaligen Leibregiments der Wittelsbacher eine ähnliche Demonstration in München stattfand. Und jetzt, unmittelbar nach der Feier auf dem Königsplatz fand am 13. Oktober die Gedächtnisfeier des Max-Josef-Ritter-Ordens in München statt. Dieser Orden zählt zu seinen Mitgliedern den ganzen alten bayerischen Adel und die ehemalige Königsfamilie Wittelsbach. Unter königlichem Gepränge fand die Feier wie zu Zeiten der Monarchie in der Michaels-Hofkirche statt. Ein aufgestellter Katafalk trug die Wahrzeichen des Königtums, Krone, Zepher und Schwert. Alte und neue Kriegstrophäen, Waffen und Rüstzeug waren zur Dekoration aufgestellt. In der Kirche sahen im Chorgestühl Kronprinz Rupprecht, Prinz Leopold und die Prinzen Konrad und Alfons. Zahlreiche hohe Offiziere waren anwesend, darunter die Generale Ludendorff, Graf Bothmer, Epp und andere. Die Musikkapellen der Landespolizei und der Reichswehr besetzten den musikalischen Teil des Festprogramms. Und zum Abschluß der Feier mußte die stahlhelmierte Reichswehr auf Befehl des General Epp wiederum vor dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht, den übrigen Mitgliedern der Familie Wittelsbach und vor den Ordensrittern einen Paradezug ausführen. Auch hier hatte die Regie dafür gesorgt, daß das „Volk“ auf Ludendorff und Rupprecht „brausende Hochrufe“ ausbrachte.

Es handelt sich bei diesen Kundgebungen um viel mehr, als um militärische Spielereien. Man will ganz bewußt den militärischen Geist wieder großziehen und den Kronprinzen Rupprecht dadurch in Bayern wieder populär machen, daß man ihn bei jeder Gelegenheit der Münchener Bevölkerung zeigt. Die Ovationen werden organisiert, um dem Wittelsbacher vorzutauschen, daß in München alles nur auf seine Rückkehr warte und die reaktionäre Presse tut das ihrige, um Stimmung für die Wiedererrichtung der Monarchie zu machen. Im Zusammenhang mit dem unterirdischen Treiben der Geheimorganisationen und den Vorgängen in Tirol und Westungarn, die nicht ohne Beziehung zu der bayerischen Agitation für die Monarchie stehen, sind die Münchener militär-monarchistischen Demonstrationen als sehr ernst zu nehmende Symptome zu bewerten, und verlangen die äußerste Wachsamkeit des Proletariats.

Der Weichstuhlfür die Monarchie

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 17. Oktober.

Die letzten Nachrichten aus Tirol lassen eine starke Aktivität der Karlisten erkennen. Einer der eifrigsten Agitatoren ist der Innsbrucker Weichstuhlfür, ein früherer Erzieher des Kaisers Karl, der seinem Klerus unter Gewissenszwang befohlen hat, im Weichstuhlfür die Wiederaufrichtung der Monarchie zu werben.

Die Agitation in der Christlich-sozialen Partei betreibt für die Karlisten der Abgeordnete Schöpfer, der militärische Kopf der Bewegung ist Generaloberst Danfl mit den Frontbrüdervereinigungen. Als Zeitpunkt für den Putsch ist nach einer Mitteilung der „Innsbrucker Volkszeitung“ die erste Nacht nach dem Einfall der monarchistischen Banden aus Westungarn nach Niederösterreich und Steiermark bestimmt. Ein besonders für diesen Zweck aufgestellte Terrorkompanie, die nur aus Offizieren besteht, soll bei Beginn des Putsches die Führer der Anhänger der Republik, insbesondere die Sozialistenführer, unschädlich machen.

Der Reichsarbeitsminister irrt!

Die Volksparteiler Adams und Geisler hatten sich zu einer Anfrage an die Reichsregierung gedrängt gesehen, um von der Tribüne des Reichstags aus einige Schauerreden über den „Terror“ der freien Gewerkschaften in die Welt hinaus schreien zu können. Sie fragen am Schlusse, ob die Reichsregierung bereit sei, die verantwortlichen Betriebsräte für ihre ungeheuerlichen Handlungen zur Verantwortung zu ziehen, und ob sie ferner bereit sei, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der in der Reichsverfassung und im Betriebsrätegesetz gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu treffen. Die Genannten sind Vertreter der gelben Gebilde, deren Gebaren die Gewerkschaften selbstverständlich nicht tatenlos zusehen dürfen. Die Anfrage zählt drei Fälle aus Elsterberg in Sa. auf, in denen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter die Entlassung von Gelben oder deren Eintritt in den freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverband forderten.

Der Reichsarbeitsminister hat auf diese Anfrage geantwortet:

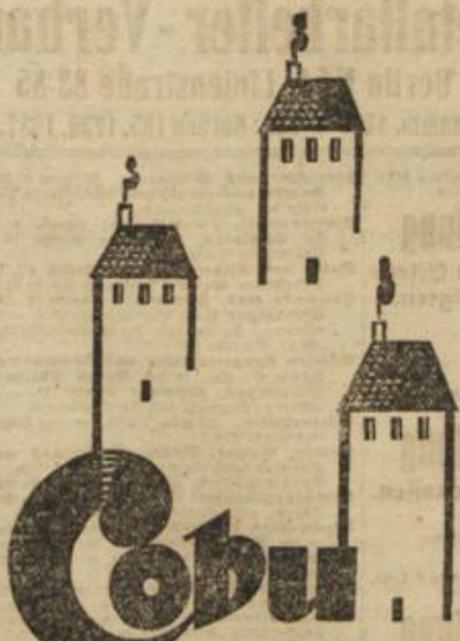
1. Die Verfolgung etwaiger gegen das Strafgesetz verstoßener Handlungen ist Sache der Strafverfolgungsbehörden. Ich habe mich daher wegen Prüfung der Angelegenheit mit dem sächsischen Justizministerium in Verbindung gesetzt. Soweit strafrechtlich verbotene Handlungen nicht in Betracht kommen, ist es Sache der Beteiligten selbst, etwaige zivilrechtliche Ansprüche geltend zu machen oder Anträge aus §§ 39, 41 B. G. zu stellen.

2. Die Frage, ob neben dem zur Zeit bestehenden straf- und zivilrechtlichen Schutze noch weitergehende gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Vereinigungsfreiheit notwendig erscheinen, wird bei der allgemeinen Neuregelung des Arbeitsrechts nochmals geprüft werden.

Der Reichsarbeitsminister scheint uns hier nicht die richtige Antwort gefunden zu haben. Nach dem Artikel 159 der Reichsverfassung ist die Vereinigungsfreiheit gewährleistet, und „alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig“. Die gelben Organisationen aber, die nachweislich nur vom Gelde und der Gunst der Unternehmer existieren, sind Maßnahmen der Unternehmung, welche diese Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen. Denn die Mitglieder werden den gelben Vereinen zugeführt durch den von den Unternehmern geübten Terror gegen die Gewerkschaften. Rechtswidrig ist also allenfalls die Unterstützung und Förderung gelber Vereine, aber niemals ihre Bekämpfung.

Es kann aus diesem Grunde auch gar nicht die Rede davon sein, daß die Paragraphen 39 und 41 des Betriebsrätegesetzes gegen Betriebsräte in Anwendung gebracht werden könnten, die sich an der Bekämpfung der gelben Schädlinge beteiligen. Die beiden Paragraphen bedrohen den Betriebsrat mit seiner Auflösung oder einzelne Mitglieder der Betriebsvertretungen mit dem Erlöschen ihrer Mitgliedschaft in der Betriebsvertretung, wenn sie sich „grobliche Verletzungen ihrer gesetzlichen Pflichten“ zuschulden kommen lassen. Wenn sie die Gelben bekämpfen, so verletzen sie nicht ihre gesetzlichen Pflichten, sondern treten nur dafür ein, daß die Vereinigungsfreiheit gewahrt und die Behinderung der Vereinigungsfreiheit durch die Existenz gelber Vereine beseitigt wird. Betriebsräte, die man aus solchen Gründen mahregeln würde, würde man bestrafen, weil sie die Verfassung achten und schützen. Daran darf auch durch ein neues Arbeitsrecht nichts geändert werden.

Tosse nicht ermordet. Wie aus Reval gemeldet wird, ist die Nachricht von der Ermordung Tosse unzutreffend. Tosse befindet sich zur Zeit in Turkestan.



Feinste Lucas Platanenbutter MARGARINE gehört in jede Küche

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. J. J. J. J. A. G.
Elberfeld und Berlin-Fichelsdorf.

Generalvertretung:

FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Stolpl. 4848 u. 12144



Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 250.- bis 750.-
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigenes Atelier Solideste Preise
Immer G. M. H. H. Schloßplatz 1a II

einmal gepreßt — immer
selbst. Feinst. Geflecht;
hars. Isid. Zu kaufen in den
Kleidergeschäften von. Neue
Verkaufsstellen richtet ein:
Generalvert. G. M. H. H.,
Berlin, Vlihtenberger Straße 22 (Tel. 1. 391).

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzpl. 58a

Billige an Wald und Wasser gelegene
Barzellen in Heiligensee
bei Tegei.

Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahl von 2. 800 an. Günstige Abzahlung.
Wohnort: Terrassenlage Heiligensee, Berlin
W 6. Schloßdamm 28. Tel. 2. 1000. 710.
In Heiligensee im Bureau oder bei Vamprecht,
Kaufmann Heiligensee, Heiligensee, Kirchallee.
Teilerbe der Tegei-Heiligensee-Grabenbahn.

Jackett-Anzüge, Cinaway, Uist
tells auf Seide, jetzt 350.- 500. Mk.
Damer-Kostüme, -Mäntel, -Tücher,
Wäsche, Gardinen, warm billig!
Polstermöbel 50 Gch. billiger!
Krautfische, Zee-, Blau-, Weiß-, Silber-
Fische, Würst, Leber. Keine Leberwurst.

Schokoladen

in großer Auswahl sowie
Clouze, Dondenz, Kets,
Weihnachtsartikel
allerhöchst für Händler
und Wiederverkäufer

Schneider, Rodenbergstr. 27

Billig
Röcke, Blusen,
Kleider, Mäntel,
Strickjacken,
eleg. Balkkleider
SYRENLOW
Treskowstr. 21
am Würthplatz.

150.- Tagesverdienst
find. verhandelt. Damen
u. Herren b. Verkauft von.
Seitensuppen a. Geflügel
b. Verk. von. Kerntellen, Del-
feisen, Tüllentellen usw. wir
ringel. Herr. Seiten. Haras
b. Handel. Carl. Oppelstr. 7

Gold
für jede Westsch. höchste
Ankäufer für Hand-
schne. Brillanten, Gold-
gegenstände, Teppiche,
Möbel usw. Wollf. Feilsch.
Wichter. 41, III. Schloßplatz.



Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngelisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehler, Berlin
Lothringer Str. 34

